

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Groß-Berlin 10 Pf. Auswärts 15 Pf.

Die einpaltige Konkreteilage 60 Pfennig, Restmonats 5.— Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ das entsprechende Wort 25 Pfennig (gültig zwei Tagebrüche Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig, Strömungsbeilage des Wortes 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig, Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig, Familienanzeigen für Abonnenten Seite 60 Pfennig, Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentags von 8½ bis 17 Uhr.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Föndhoff 292—297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Polischeckkonto: Berlin 37536 — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 3

Front gegen Heimwehr-Faschismus

Eine Kundgebung des Republikanischen Schutzbundes.

Wien, 18. September. (Eigenbericht.)

Die Bundesleitung des Republikanischen Schutzbundes beschloß im Dienstag eine Resolution, in der zunächst festgestellt wird, daß der Arbeitertag in Wiener-Neustadt am 7. Oktober eine Veranstaltung der gesamten politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen dieses Stadtteils ist und der Schutzbund lediglich die Aufgabe übernommen hat, diese Kundgebung zu schützen.

Wörtlich heißt es in dieser Entschliessung weiter: „Der Schutzbund stellt fest, daß er bisher niemals selbst einen Aufmarsch in agrarischen Gebieten oder in solchen Gebieten veranstaltet hat, die in ihrer großen Mehrheit den Sozialisten ablehnend gegenüberstehen. Er stellt ferner fest, daß die Heimwehren seit Monaten gerade die industriereichsten Orte zu ihren Aufmärschen aufsuchen, und zwar

mit der Absicht, die Arbeiterschaft herauszufordern.

Trotzdem wurden die vielen Aufmärsche der Heimwehren niemals gestört. Erst als die Heimwehrführer den Aufmarsch in Wiener-Neustadt mit den Drohungen anknüpften, daß sie gegen die freigewählte Volksvertretung Bruchialgewalt anzuwenden entschlossen sind und als sie von einem Marsch nach Wien redeten, dessen Auftakt die Wiener-Neustädter Veranstaltung sein soll, erst dann wurde von den Arbeiterorganisationen der Arbeitertag nach Wiener-Neustadt einberufen, den zu schützen Aufgabe des Republikanischen Schutzbundes ist. Der Republikanische Schutzbund erklärt, daß er stets auf dem Boden der Demokratie stand, niemals das Versammlungsrecht Andersgestimmter anstößte oder geschmälert hat. Er ist aber ebenjowenig gesonnen, Arbeiterorganisationen den Angriffen faschistischer Banden

aussetzen zu lassen und wird daher am 7. Oktober alle umfassenden Vorbereitungen treffen, die notwendig sind, um Leben und Freiheit der Arbeiter vor den Faschisten zu schützen.“

Provokateur Steidle kann nicht mehr zurück.

Wien, 18. September.

Der Heimwehrführer Dr. Steidle stellt in einem Artikel in der „Bergland-Presse“ gegenüber den Behauptungen Dr. Otto Bauers auf dem sozialdemokratischen Parteitag fest, daß der Heimwehr-Sonntag am 7. Oktober nicht etwa dazu veranlaßt sei werde, um das Mietengesetz abzuschaffen. Vielmehr hätten bisher die Sozialdemokraten gedroht, im Herbst mit der Obstruktion im Nationalrat zu beginnen. Auf dem Parteitag hätten sie allerdings den Rückzug angetreten. Es liege nicht in der Absicht der Heimwehr, ihre Ziele durch einen Putsch zu erreichen, sondern durch einen Druck auf das Bürgertum und seine Vertreter, damit diese dem Kampf nicht ausweichen, sondern ihn aufnehmen. Die Äußerungen Dr. Bauers zeigten, daß die sozialdemokratische Anführerschaft eines Aufmarsches von 100 000 Arbeitern in Wiener-Neustadt eine leere Drohung sei. Andererseits könne die Heimwehr-Kundgebung nicht abgefragt werden, ohne daß dies als ein Zurückweichen vor den Sozialdemokraten aufgefaßt würde. Dr. Steidle macht sodann Mitteilung über die Sicherheitsmaßnahmen für den Heimwehr-Sonntag. Die Kundgebung werde auf einem Turnplatz stattfinden, der Raum für 20 000 Teilnehmer biete. Die Verbände würden nach einem genauen Plan direkt zum Turnplatz und nach der Feier wieder direkt zu den Bahnhöfen marschieren. Für Ordnungsdienst werde gesorgt sein. Der reibungslose Transport der rund 18 000 Teilnehmer sei gesichert.

Keine Wohnungen!

Kommunisten und Deutschnationale verhindern den Wohnungsbau in Berlin.

Im Haushaltsausschuß der Berliner Stadtverordnetenversammlung gab es gestern eine Sensation. Die von dem sozialdemokratischen Stadtrat Czerninski bearbeitete und befürwortete Vorlage über den zusätzlichen Bau von 2 000 Wohnungen wurde durch eine Mehrheit von Kommunisten, Deutschnationalen und Deutscher Volkspartei abgelehnt. Nur Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum stimmten dafür.

Der Vorgang ist interessant und lehrreich genug, um kurz den Inhalt dieser Vorlage ins Gedächtnis zurückzurufen. Weil im laufenden Jahre nur 24 000 Wohnungen aus Mitteln der Hauszinssteuer bezuschlagt werden können und eine weitere Streckung der Hauszinssteuer nicht möglich ist, forderte der neue sozialdemokratische Dezernent die Mittel für diese 2 000 Wohnungen aus den zu erwartenden Mehreinnahmen aus Steuern in diesem Jahre an. Das Einkommen an Steuern ist zwar noch immer — auch nach den Ergebnissen der letzten Monate — nicht ganz leicht zu übersehen. Aber immerhin werden erhebliche Mehrbeiträge aus Nachzahlungen auf die Gewerbe- und Lohnsummensteuer sowie aus der Grunderwerbssteuer der toten Hand erwartet werden können.

Ein Teil dieser nicht vorgesehenen Einnahmen, rund 15 Millionen, sollten, wie gesagt, für den Wohnungsbau verwendet werden. Etwas über 2 000 Wohnungen waren damit zu erbauen. Berlin könnte dann in diesem Jahre insgesamt 26 000 Wohnungen, genau soviel wie im Vorjahre, erstellen. Darüber hinaus kündigte der Stadtrat neue Projekte an, die alljährlich den Bau von weiteren 6 000 Wohnungen ermöglichen sollten.

Von den vorläufig beantragten 2 080 Wohnungen sollten dreißig Prozent als Underhalb-Zimmer-Wohnungen mit 48 Quadratmeter Grundfläche (20 Quadratmeter Stube, 10 Quadratmeter Kammer, 8 Quadratmeter Küche sowie Flur und Bad), fünfzig Prozent als Zweizimmer-Wohnungen und der Rest als Zweieinhalb- und Dreizimmer-Wohnungen errichtet werden. Zu einer solchen Verteilung führte einmal die Statistik der Wohnungsuchenden in Berlin und sodann die Tatsache, daß die Linke des Rathauses im Vorjahre das Bewoag-Projekt abgelehnt hatte, weil es auf die Bedürfnisse der minderbemittelten Bevölkerung nach kleinen Wohnungen nicht genügend Rücksicht nahm.

Berlin hatte am Stichtag des 31. Mai d. J. 179 000 Wohnungsuchende, darunter befanden sich 28 000 alleinstehende Personen, 88 000 Familien mit einem Kind unter 12 Jahren und 45 000 Familien mit zwei Kindern. Die neuerbauten Underhalb-Zimmer-Wohnung beansprucht heute eine monatliche Miete von 50 M., die Zweizimmer-Wohnung eine Miete von 60 M. Die Tatsache, daß gerade für die minderbemittelte Bevölkerung die Spanne von 10 M. hoch ins Gewicht fällt, hat zu der starken Berücksichtigung von Underhalb-Zimmer-Wohnungen geführt, die trotz der räumlichen Beschränkung einen erheblichen Fortschritt gegenüber den Altwohnungen mit gleicher Zimmerzahl bedeuten, weil sie in Vorderhäusern mit Querlüftung sowie mit Flur und Bad hergerichtet werden sollen.

Man rechnete in ganz Berlin mit der einstimmigen Annahme dieser Vorlage. Bedeutet sie doch den ersten Schritt auf dem dringend notwendigen Wege einer Verstärkung des Wohnungsbau und wird zugleich allen berechtigten Anforderungen nach Größe und Hygiene der neuen Wohnungen gerecht. Aber es sollte im Rathause brachten es auch hier nicht über sich, einem sozialdemokratischen Projekt — und mochte es noch so gut begründet sein — ihre Zustimmung zu geben. Wiedereinmal umarmten sich Deutschnationale und Kommunisten und brachten diese von der gesamten arbeitenden und wohnungsuchenden Bevölkerung sehnsüchtig erwartete und freudig begrüßte Vorlage zu Fall.

Sie wollten der Sozialdemokratie den Triumph nicht gönnen, etwas für die Not der Wohnungslosen in Berlin getan zu haben. Das war — allzu offensichtlich — der eigentliche Grund ihrer Ablehnung. Die Gründe, die sie nach außen hin dafür ins Feld führten, waren interessant genug. Es zeigte sich einmal wieder, wie die Katastrophopolitiker von links und rechts aus ganz entgegengesetzten Forderungen heraus zu demselben Endergebnis kommen können. Den Kommunisten war die Underhalb-Zimmer-Wohnung zu klein, sie, die bei dem Bewoag-Programm Kleinstwohnungen vernichten und deshalb dieses Projekt ablehnten, verlangten nun auf einmal zwei Zimmer als Mindestmaß für die kleinste Wohnung. Die Mietsdifferenz wollten sie aus laufenden Etatmitteln alljährlich decken, obgleich sie doch wußten, daß solche Zuschüsse letzten Endes auch von den arbeitenden Schichten getragen werden müssen. Die Deutschnationalen dagegen wollten die Wäber in den Kleinstwohnungen gestrichen haben — was brauchen Proleten ein eigenes Bad!

Hermann Müllers Bericht.

Räumung / Reparation / Kontrolle. — Geschichte eines vergessenen Dokumentes.

Der gestern nach Berlin zurückgekehrte Reichskanzler legte am Nachmittag einem großen Kreise von Vertretern der deutschen Presse ausführlich den Hergang und das Ergebnis der vierzehntägigen Genfer Verhandlungen dar.

Er stellte fest, daß die deutsche Delegation stets die Räumung des ganzen besetzten Gebietes verlangt hat. Briand hat im Laufe der Verhandlungen sich zu der Geste bereit erklärt, die

Räumung der zweiten Zone vor Ablauf der Frist

zuzufügen. Die deutsche Delegation stützte ihr Räumungsverlangen auf den Art. 431 des Friedensvertrages. Zu dessen Auslegung benutzte sie die berühmte Abmachung zwischen Wilson, Lloyd George und Clemenceau über die frühere Räumung vom 16. Juni 1919 (dem Tage des Ultimatum), indem sie sich gegenseitig zur früheren Räumung verpflichteten, sobald Deutschland seinen Verpflichtungen getreulich nachkommt. Diese

von Lloyd George dem englischen Parlament mitgeteilte Vereinbarung

war sowohl Briand wie Cussembum unbekannt! Wenn auch ein Rechtsanspruch Deutschlands aus dieser Vereinbarung nicht abzuleiten ist, da es sich um eine Vereinbarung der Alliierten untereinander handelt, so war der Eindruck dieser Vereinbarung auf die beiden Staatsmänner, deren Vorgänger das Dokument unterzeichnet haben, doch unverkennbar groß. Die deutsche Delegation hat unverändert den Standpunkt beibehalten, daß Räumung und Reparationsregelung unabhängig voneinander behandelt werden müssen. Das ist wegen des deutschen Anspruches auf Räumung richtig, aber auch aus dem sachlichen Grunde berechtigt, weil

die Verhandlungen über die Reparation längere Zeit hingehen können.

Es ist die amtliche französische Auffassung, daß die Befehung des Rheinlandes nicht mehr wegen der Sicherheit, sondern einzig und allein aus finanziellen Gründen aufrechterhalten wird. Demgegenüber hat der Reichskanzler immer wieder darauf hingewiesen, daß Deutschland

unmöglich absichtlich seine Zahlungen einstellen könne, weil es dadurch seinen Kredit selber zerstören würde. Wenn es aber wirklich ohne sein Verschulden zahlungsunfähig sei, dann hülfen dagegen auch keine 65 000 Bajonette am Rhein.

Was die „Berühmungskommission“ anlangt, so hat Briand den Standpunkt vertreten, daß durch sie das Kurieren des Wäberbundesrates sich vermeiden ließe. Deutschland dagegen hat ausgeführt, daß eine solche Kommission allzu häufig in Fällen angerufen werden würde, die keine Berechtigung hätten; das würde das Vertrauen fördern, statt es zu befestigen. Jedenfalls hat sich Deutschland auf

einer solchen Kommission bis nach 1935 nicht eingelassen. Briand hat darauf vorgeschlagen, daß man 1935 über diese Kommission wieder verhandeln könne, nach dem man gesehen habe, ob sie funktionierte. Der Reichskanzler erklärte darauf, daß dieser Ausweg diskutabel sei, in erster Linie müsse man aber doch wissen, wie diese Kommission zusammengesetzt werden solle. Darüber hat auch Briand genaue Vorschläge nicht gemacht. Ein Sonderregime gegenüber Deutschland wird jedenfalls nicht anerkannt. Das Resultat von Genf ist: die anderen Vercano-Mächte haben die Räumungsfrage dilatorisch zu behandeln versucht, es ist erreicht worden, daß amtliche Verhandlungen über die Räumung eröffnet worden sind.

Ein unmittelbarer politischer Erfolg ist jedoch noch nicht erreicht, weswegen es in Deutschland Enttäuschung geben muß — aber diese Enttäuschung wird insbesondere auch in England geteilt, wo das Parlament die Regierung auf die baldige Räumung festgelegt hatte. Jedenfalls ist die

Räumungsfrage auf die Tagesordnung der europäischen Politik gestellt; sie wird aus ihr nicht mehr verschwinden, bis sie gelöst ist.

Was die angebliche Behauptung des polnischen Außenministers über die Zugehörigkeit Polens zu den Verhandlungen angeht, so ist sie unverständlich. Weder hat Jaleski dem Reichskanzler gegenüber einen derartigen Wunsch geäußert, noch haben die anderen Mächte daran gedacht, Polen hinzuzuziehen. Der Auswärtige Ausschuh wird erst dann zusammentreten, wenn seine parlamentarischen Mitglieder aus Genf zurückgekehrt sind. Ebenso werden erst nach Abschluß der Wäberbundsversammlung, wenn die anderen Außenminister nach Hause zurückgekehrt sind, die Verhandlungen weitergehen.

Bayern will Bericht haben.

München, 18. September.

Der bayerische Staatsregierung hat ein Reichskanzler Müller das Ersuchen gerichtet, zum Zweck der Information und Aussprache über die Ergebnisse der Genfer Besprechungen über die Rheinlandräumung die Staats- und Ministerpräsidenten der Länder zu einer Besprechung nach Berlin zu berufen.

Kommunisten töten Sozialdemokraten. „Einheitsfront“ in Ostland.

Reval, 18. September. (E.P.)

Der sozialdemokratische Funktionär (soll wohl heißen Parteileiter. Red.) des Kreises Pernau W von Kommunisten ermordet worden. Einzelheiten fehlen noch.

Spießbürgerfieg in Schweden.

Die Gründe des sozialdemokratischen Mandatsverlustes.

In Schweden fanden am 15. und 16. September bis auf Stockholm die Wahlen zur zweiten Kammer statt. In der Landeshauptstadt wird erst am 21. d. M. gewählt. Das dortige Ergebnis dürfte aber an dem Gesamtergebnis kaum noch etwas ändern, so daß die zu verzeichnende Stärkung der Rechten und ein nicht unbedeutender Rückgang der Sozialdemokratie als gegebene Tatsache betrachtet werden muß.

Die drei letzten Wahlen zur zweiten Kammer hatten folgendes Ergebnis:

	1921	1924	1928
Konservative	62	65	67
Bauernbund	21	23	26
Liberale	—	4	3
Volkspartei	41	29	27
Sozialdemokraten	99	103	83
Kommunisten	7	4	6
	230	230	212

Die Tabelle ergibt nach dem vorläufigen Resultat ohne Stockholm einen Rückgang der sozialdemokratischen Mandate von 108 auf 83. Von den 18 in der schwedischen Hauptstadt zu wählenden Abgeordneten werden voraussichtlich noch 8 auf die Sozialdemokratie entfallen, so daß ein Gesamtverlust von 14 sozialistischen Mandaten zu verzeichnen wäre, während die Mandatsziffer der Kommunisten sich einschließlich Stockholm von 4 auf 7 steigern

dürfte. Die Konservativen werden voraussichtlich statt bisher 65 insgesamt 75 Mandate erhalten. Der verhältnismäßig starke Rückgang der sozialistischen Mandate ist trotz einer Steigerung der Stimmziffern von 651 543 im Jahre 1924 auf 761 346 bei den diesjährigen Wahlen zu verzeichnen.

Die starke Steigerung der bürgerlichen Stimmen ist zweifellos auf die von der bürgerlichen Presse wochenlang gepredigte „sozialistische Gefahr“ zurückzuführen. Eine ganze Anzahl an sich unbedeutender Vorfälle, wie die Verhaftung sowjetrussischer Presse- und Handelsvertreter in Stockholm, die Marinemanöver der Sowjetflotte in schwedischen Gewässern und ähnliche Vorkommnisse wurden von dem Bürgertum stimmungsgemäß gegen die „kommunistenfreundliche“ Sozialdemokratie ausgebeutet. Auch ein von dem bisherigen sozialdemokratischen Minderheitskabinett Edmann auf sozialistische Initiative eingebrachtes Gesetz, das jedes Erbrecht auf Verwandte zweiten Grades nur noch in aufsteigender Linie, also nicht für Vettern und Nichten, gelten läßt, dürfte die bauerliche Bevölkerung nach rechts getrieben haben.

Schweden ist also vorläufig von der erwarteten sozialistischen Mehrheit „verschont“ geblieben. Wahrscheinlich wird ein bürgerliches Minderheitskabinett auch weiterhin die Geschicke des Landes im Interesse der vorübergehend aufgerüttelten Spießbürger leiten.

Die Kommunisten wollten statt der 2000 Wohnungen gleich 50 000 Wohnungen bauen, und das vier Jahre lang wiederholen, obgleich sie weder Mittel noch Wege dafür wußten, und obgleich auch ihnen klar sein mußte, daß ein so plötzliches Steigen der Bautätigkeit enorme Preistreiberien zur Folge haben würde und daß Bauarbeiter für eine solche Zahl von Bauten nicht zur Verfügung stehen oder eigens nach Berlin herangeholt werden müßten — um dann ihrerseits als Wohnungsuchende aufzutreten. Die Deutschnationalen wollten die Notwendigkeit weiterer Wohnungsbauten einschränken, indem sie nichts Beringeres als eine Beschränkung der Freizügigkeit, ein Verbot des Zuzuges nach Berlin als Radikalmittel empfahlen. Den Kommunisten war das zur Verfügung gestellte Geld zu wenig, den Deutschnationalen war es zu viel. Und die Volkspartei endlich murkte darüber, daß überhaupt die Stadt selbst städtische Mittel für solch einen Luxus wie Wohnungsbauten verwenden wollte, wo doch die Privatwirtschaft so gern und so aut zu bauen bereit wäre, wenn — nun ja, wenn ihr die Stadt die Mittel dafür zur Verfügung stellen würde.

Doch Gründe her, Gründe hin — auf den Erfolg kommt es an. Und der bestand darin, daß das gesamte Projekt der Ablehnung verfiel. Er besteht darin, daß auch die Annahme am Donnerstag im Plenum der Stadtverordnetenversammlung mehr als fraglich ist. Und dann werden eben keine Wohnungen gebaut, weil es Deutschnationale und weil es Kommunisten so gewollt haben. Ein Vorgang, so standlos, daß man ihn schon jetzt in aller Deffektivität anprangern muß. Ein Vorgang ohne Beispiel in seiner grotesken Verzerrtheit. Beispielsweise die Ablehnung des Bewoag-Projektes. Denn damals fiel ein privatrechtliches Projekt, um der Stadt die Bahn frei zu machen für eigene Bauten auf wirtschaftlich gesünderer Grundlage für den Bau kleiner und kleinster Wohnungen für die Rinderbemittelten. Heute liegt das erste Projekt auf dieser Grundlage vor und es scheitert an der Zusammenarbeit von Deutschnationalen und Kommunisten, von denen die einen, die Kommunisten, Kleinwohnungen nicht wollen, die anderen, die Deutschnationalen, der armen Bevölkerung ihr Rad nicht gönnen — beide unterstützt von der Deutschen Volkspartei, die dem Privatkapital den Profit nicht entgehen lassen will.

Ist dies gleich Wahnsinn, hat es doch Methode! Die Berliner Arbeiterschaft, die Berliner Wohnungslosen und Wohnungsuchenden aber sollten endlich mit dieser Art Interessenvertretern abrechnen. Es ist höchste Zeit!

Admiral Zentler tritt zurück. Wegen der Lohmann-Affäre.

Amtlich wird mitgeteilt:

Ende September wird der Chef der Marineleitung, Admiral Zentler, aus dem Dienst in der Marine, der er 39 Jahre angehört, ausscheiden. Admiral Zentler hat sich zu diesem Schritt bereits entschlossen, als er dem Reichstag in der sogenannten Bohmann-Affäre Rede und Antwort stand, da er sich als Chef der Marineleitung aller soldatischen Tradition gemäß für die Befehlsbefugnisse seines Untergebenen mitverantwortlich fühlte. Nur sein Vorgesetzter hat ihn damals veranlaßt, bis zur Erledigung dieser unerquicklichen Angelegenheit auf seinem Posten auszuharren und erst jetzt zu dem dienstlich günstigsten Termin um seine Verabschiedung nachzusuchen.

Als Nachfolger ist der bisherige Chef der Marineleitung der Ostsee, Vizeadmiral Dr. h. c. Raeder, vorgezogen.

Die Mitteilung des Reichswehrministeriums vermag die Tatsache nicht aus der Welt zu schaffen, daß Admiral Zentler die Mitverantwortung trägt für die Bohmann-Affäre, die nicht eine „unerquickliche Angelegenheit“ war, sondern einer der größten Skandale der Nachkriegszeit. Als nach dem Rücktritt des Reichswehrministers Geßler der gesamte Komplex der Bohmann-Unternehmungen allmählich bekannt wurde und der Skandal, der mit dem Hübner-Film begann, in voller Größe vor der Deffektivität stand, erklärte der neue Reichswehrminister Groener vor dem Haushaltsausschuß des Reichstages:

„Das Haushaltsrecht des Reichstages ist in unverantwortlicher Weise verletzt worden. Es ist nicht zu billigen, daß ein Vorgesetzter seinen Untergebenen solche Generalvollmacht gibt, wie sie der Kapitän Bohmann befehlen hat. Nach meinen Begriffen von den Pflichten eines Vorgesetzten ist das eine ganz unmögliche Sache.“

Diese Erklärung richtete sich in voller Schärfe gegen den Admiral Behnke, den früheren Chef der Marineleitung, unter dem sich der Bohmann-Standal entwickelt hatte, und gegen den Admiral Zentler, der als Nachfolger Behnkes die Generalvollmacht für Bohmann bestätigt hat. Die Erklärung wurde am 13. März abgegeben. Herr Zentler ist nach dieser Erklärung mit außerordentlicher Langmut behandelt worden. Er scheidet jetzt, ein halbes Jahr nach dieser Bloßstellung, aus dem Dienst aus. Man hat ihm aber auch durch diese Schutzfrist keinen ehrenvollen Abgang zugestanden.

„Revolutionärer“ Klempnerladen.

Jubiläum des Ordens der „Roten Fahne“. 15 000 Ordens-träger.

Moskau, 17. September. (Df.)

Es sind zehn Jahre abgelaufen, seitdem am 16. September 1918 durch ein Dekret des Zentral-Exekutivkomitees der Orden der Roten Fahne gestiftet wurde. Dieses Ehrenzeichen sollte, wie es im Dekret hieß, allen Bürgern der Sowjetrepublik verliehen werden können, die sich im Krieg durch besondere Tapferkeit auszeichneten. Die Sowjetblätter erinnern jetzt daran, daß die Einrichtung dieses Ordens in der erst entstehenden Roten Armee anfangs recht viel Bestehen erregte. Sehr bald aber hatte das neue proletarische Ehrenzeichen sich in der ganzen Armee einen angelegenen Platz erworben. Der Orden der Roten Fahne hat nur eine Klasse, Offiziere und Mannschaften erhalten dasselbe Abzeichen. In den Ordensregeln ist es aber vorgesehen, daß Angehörige der Roten Armee, die sich wiederholt besonders auszeichnen, den Orden mehrmals erhalten können. Die Zahl der Ordensritter beläuft sich heute auf 14 998, darunter 58 Frauen. Unter den Ordensrittern nehmen vier höhere Offiziere eine besondere Stellung ein, die viermal dekoriert worden sind. Der Orden der Roten Fahne wird übrigens auch für Kampftätigkeit auf politischem Gebiet verliehen, bekanntlich ist u. a. auch Klara Zetkin dekoriert worden.

Soziale Aufgaben des Völkerbundes

Kommissionsberichte im Plenum angenommen.

Genf, 18. September. (Eigenbericht.)

Die Vollversammlung des Völkerbundes, die am Dienstag wieder zusammentrat, erledigte acht Tagesordnungspunkte fast ohne jede Diskussion. Die Vorschläge der einzelnen Kommissionen wurden gebilligt.

Im Stadium der Vorbereitung befindet sich ein finnischer Antrag auf finanzielle Unterstützung eines angegriffenen Staates. Hier entschied die Versammlung, den Finanzexperten die weitere Klärung der schwierigen Materie anzupfehlen. Ist der Konventionenentwurf der Finanz- und Sicherheitskommission fertig, dann soll er zunächst den Regierungen zur Stellungnahme überhandt werden. Angenommen wurde der Bericht über die

Tätigkeit der Kinderhochkommission.

Die Kommission soll ein Abkommen über die Einbürgerung Minderjähriger, deren Eltern unbekannt sind, entwerfen, ferner für den Schutz von Kindern im Ausland und über die Eintreibung von Alimenten bei Vätern, die sich ihren Verpflichtungen durch Flucht in das Ausland zu entziehen suchen.

In dem Bericht der

Kommission gegen den Frauenhandel

werden die Regierungen, die noch eine tolerierte Prostitution haben, aufgefordert, die Möglichkeit einer Aufhebung der Prostitution nochmals zu prüfen. Die Regierungen werden weiter auf die günstigen Erfahrungen mit weiblicher Polizei für die Betreuung jugendlicher aufmerklich gemacht. Der endliche Delegierte ergriff das Wort, um eine energichere Bekämpfung des Frauenhandels zu fordern.

Der Bericht der Hygienekommission zeigte, daß der Völkerbund wertvolle Arbeit in der Seuchenbekämpfung leistet. Angenommen wurde ferner ein Bericht über den Stand der Ansiedlung der kleinasiatischen Flüchtlinge in Griechenland und über die Stabilisierungsanleihe Griechenlands. 171 000 Familien sind seit 1923 von der Flüchtlingskommission angeheilt, 76 000 Häuser erbaut worden. Das große Werk nähert sich seinem Abschluß.

Der Bericht der Sklavereikommission wurde ebenfalls in der Ausschlußsitzung angenommen, ebenso der Bericht über die Mandate. Dagegen wurde die vom Rat der Versammlung zugewiesene Frage der armenischen Flüchtlinge an den Budgetausschuß verwiesen; sie soll aber noch in dieser Tagung endgültig erledigt werden.

Albert Thomas setzt sich durch.

Genf, 18. September. (Eigenbericht.)

In der Budgetkommission des Völkerbundes erschienen am Dienstag Loucheur und Breitscheid als Beauftragte der Wirtschaftskommission, um einen zusätzlichen Kredit von 15 000 Franken zu fordern. Loucheur teilte mit, daß man sich entschlossen habe, die Arbeit des industriellen Komitees im nächsten Jahre zu beschränken, die geplante internationale Handelskonferenz und die Veterinärkonferenz zu verschieben sowie zwei Tagungen der Jollexperten ausfallen zu lassen, um mit den vorhandenen Mitteln die geplanten Konferenzen über die Zuder- und Kohlefrage sowie die Unterjudungen über den Alkoholmuggel zu ermöglichen. Die Budgetkommission bewilligte nach warmer Empfehlung durch Deutschland, Oesterreich, Finnland und andere Länder die geforderten 15 000 Franken.

Das Budget des Internationalen Arbeitsamtes wurde nach nochmaligem scharfen Wortwechsel zwischen Albert Thomas, dem Norweger und dem Ader schließlich ohne Streichungen angenommen. Dem Norweger muß zugestanden werden daß seine Behauptung, die Beamtenschaft des Internationalen Arbeitsamtes sei nicht unparteiisch international zusammengesetzt, durch die zahlenmäßigen Angaben, daß sich unter den Beamten 95 Franzosen, 75 Briten und nur 85 andere Beamte befinden, gerechtfertigt wird.

Abrüstungsflafo.

Genf, 18. September. (Eigenbericht.)

Die Abrüstungsverhandlung im Völkerbund droht zu einem Abbruchzustand zu werden. Was sich am Dienstag in der Abrüstungskommission der Völkerbundversammlung abspielte, glich den üblichen Praktiken früherer Diplomatentagungen auf

ein Haar. Bei der Abstimmung über die Empfehlung der deutschen Kriegsvorbereitungsvorschläge an die Vollversammlung mußte Deutschland erst beantragen, daß in diese Resolution der bei allen Sicherheitsverträgen übliche Passus, daß die Vorschläge dazu beitragen, die Sicherheit zu vermindern, zu vermindern, aufgenommen wird. Sofort wandten sich England und Polen gegen diesen Passus, wobei Polen betonte, daß die Kriegsvorbereitungsvorschläge nur deshalb an die Vollversammlung überwiesen würden, damit sie den Regierungen zur Begutachtung zugesandt werden könnten. Nach langem Hin und Her wurde die deutsche Forderung schließlich erfüllt. Eine polnische Ergänzung über die notwendige Kontrolle der Heere in Konfliktfällen wurde in veränderter Form gleichfalls angenommen.

Anschließend begann die Debatte über die Fortführung der Abrüstungsarbeiten. Paul Boncour legte eine Resolution vor, in der anerkannt wird, daß manche Staaten ihre Sicherheit für noch nicht genügend halten könnten, daß aber die Vorträge von Bocarno und die Abrüstungsbeschränkungen der Friedensverträge ein erstes Abkommen für die Begrenzung und Einschränkung der Rüstungen nötig machten. Von dem Völkerbundspakt und seiner Abrüstungsforderung sagt die Resolution kein Wort. Dagegen sollen die 50 in Genf versammelten Staaten dem Abkommen ein Kompromiß, das kaum die englische und die französische Regierung kennen, ihre Anerkennung aussprechen! Schließlich wird gefordert, die Abrüstungskommission Ende des laufenden Jahres oder Anfang des Jahres 1929 zusammentreten zu lassen. Im Laufe seiner mündlichen Ausführungen erkannte Paul Boncour an, daß der Fortschritt der Abrüstungsverhandlungen in Wahrheit nicht mehr durch technische, sondern durch hochpolitische Schwierigkeiten aufgehalten werde.

Der Holländer Loudon bemühte sich sehr eifrig, die Abrüstungsfrage des Völkerbundes überhaupt zu einer leeren Formsache zu machen. Er, der Vorsitzende der Abrüstungskommission, wollte diese selbst kritisieren, indem er vorschlug, in Paris eine

Konferenz der fünf Seemächte

abzuhalten, die sich außerhalb des Rahmens des Völkerbundes einigen sollen. Paul Boncour hieß in dieselbe Kerbe, indem er von der Tragik sprach, die darin liege, daß das französisch-englische Marinabkommen noch nicht von den anderen Seemächten angenommen worden sei. Lord Cuffendun wandte sich erregt gegen die geplante Pariser Konferenz, nicht etwa, weil sie die Abrüstungsverhandlungen der Luft des Völkerbundes entziehen, sondern weil sie angeblich eine Revision des Washingtoner Abkommens bedeuten würde. Der wirkliche Grund war, daß England sich unbedingt erst mit Amerika einigen will, ehe es sich mit Frankreich, Italien und Japan an einen Tisch setzt. Die Einberufung der vorbereitenden Abrüstungskonferenz interessierte den Engländer nicht; sie müsse hinausgeschoben werden, bis die Schwierigkeiten beseitigt wären. — Die Debatte wird am Mittwoch fortgesetzt.

Die englischen Wahlen nahest.

Amtlicher Anmeldezwang. — Frauenalter bleibt Geheimnis.

London, 18. September. (Eigenbericht.)

Der britische Innenminister hat mit einem Erlaß, der die Formalitäten der Eintragung der erweiterten britischen Wählerschaft festsetzt, den ersten offiziellen Schritt zur Vorbereitung der kommenden Neuwahlen getan. Da der Innenminister das Verbot, sich einzutragen, mit einer Strafe von 400 Mark bedroht, kann von einem amtlichen Anmeldezwang gesprochen werden. Eine bemerkenswerte und echt englische Einzelheit des Erlasses besteht darin, daß die neu einzutragenden weiblichen Wähler nicht nach ihrem Alter gefragt werden dürfen! Sie haben lediglich die Frage, ob sie 21 Jahre oder älter seien, mit Ja oder Nein zu beantworten.

Der Preussische Landtag ist für Dienstag, den 2. Oktober, nachmittags 1 Uhr, einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht u. a. die erste Beratung des Gesetzesentwurfes über die Festsetzung der Wahlen zu den Provinzialparlamenten und den Kreisparlamenten; ferner sollen die Ausführendenkommissionen zu verschiedenen Lehrerbildungsangelegenheiten beraten werden. Neben kleineren Vorlagen steht außerdem noch die zweite und dritte Beratung des Gesetzesentwurfes über die Berechtigung von weiteren Staatsmitteln zur Wiederinstandsetzung und Verbesserung staatlicher Hafenanlagen auf der Tagesordnung.

Glückhafte Fahrt des LZ. 127.

Ein glänzender Erfolg des neuen Zeppelin.

Friedrichshafen 18. September.

In der zweiten Nachmittagsstunde des Dienstag hatte Dr. Eckener eine Führerbesprechung angeführt, die den Aufstieg beschloß. Um 3,25 Uhr wurde das Luftschiff aus der Halle gezogen und flog um 3,30 Uhr unter brausem Jubel der Zuschauermassen glatt auf. Es wandte sich gleich nach Westen und kreuzte in langamer Fahrt über dem Bodensee. Um 6,15 Uhr erschien der „Graf Zeppelin“ wieder über dem Wertfeld; er zeigte die Landungsflagge und landete um 6,48 Uhr glatt.

Friedrichshafen, 18. September. (Eigenbericht.)

Gegen 1/2 2 Uhr wurde bekanntgegeben, daß mit größter Wahrscheinlichkeit ein Aufstieg des Luftschiffes etwa in der dritten Nachmittagsstunde, eventuell auch noch etwas später zu erwarten sei, da man bis dahin mit einem weiteren Abfliegen des Ost-Nordosten wehenden Windes rechnete. Diese Nachricht hatte sich in den Mittagsstunden wie ein Lauffeuer durch Friedrichshafen verbreitet und unaussprechlich freudigen die Schaulustigen hinaus zum Gelände der Luftschiffwerft, um auf den umgebenden Hügeln sich einen Beobachtungsplatz zu sichern. Gegen 3 Uhr nachmittags, gleichsam, um der horrenden Menge ein Zeichen zu geben, daß es nun endlich so weit sei, öffneten sich die riesigen Hallentore an der Westseite, die bis dahin nur zu einem engen Spalt geöffnet waren. Wie ein Lauffeuer verbreitete sich die Nachricht, daß das Schiff aus der Halle herausgehe, über alle Bureaus und Betriebe des Wertfeldes.

Der Abflug.

In der Werthalle selbst stand seit 2 Uhr nachmittags alles auf dem Fuße. Die Besatzung und die Mitglieder der Werftleitung, die an der Wertstättenfahrt teilnehmen, hatten ihre Sachen an Bord gebracht. Die Maschinisten hatten die Rotorengondeln befestigt und unterzogen die Motore einer letzten kurzen Laufprobe, die Haltefäden waren an den Laufhaken befestigt und die kurzen Handtase an der Führergondel und am Heck waren ausgelegt. Überall stand die Haltemannschaft in Gruppen bereit, um auf das gegebene Zeichen auf die Plätze zu treten, ebenso die Besatzung, um ihre Stationen im Schiffsinnern einzunehmen. Vorn an der Führergondel waren die Meßinstrumente für die Feststellung der Geschwindigkeit eingebaut, im Innern der Gondel und des Körpers die sonstigen Beobachtungsapparate zur Feststellung der Eigenschaften des Schiffes. Dr. Eckener mit seinem engeren Stabe wollte unausgesetzt draußen auf dem Gelände, um noch einmal die Windverhältnisse zu prüfen, während sich vor der Halle zahlreiche geladene Gäste, Pressevertreter, Filmphotographen usw. ansammelten. Als die Tore an der Westseite sich weit öffneten, brach die auf den umgebenden Hügeln in der Nähe immer dichter sich ansammelnde Menge in laute Hochrufe aus. Kurz nach 3 Uhr gab Dr. Eckener der Mannschaft und der Werftleitung unter Führung des Direktors Dr. Dürr Anweisung zum Aufstieg des Schiffes. Um 3,20 Uhr verließ „Graf Zeppelin“ seine Halle. Langsam schob sich der silberfarbene Riesenschiff, von Hunderten von Händen gehalten, aus dem Westtor der Halle heraus, von der draußen horrenden Menge mit stürmischen Hurruufen empfangen. Während des Herausziehens, das trotz des ganz geringen Spaltabstandes am Dach

und an den Seitenwänden bei windstillem Wetter völlig glatt vonstatten ging, lief bereits ein Steuerbordmotor mit halber Kraft. Das Luftschiff trug an den Seiten und am Heck bereits seine neue Zulassungsnummer „DLZ 127“. Als es ganz im Freien war, gewann man einen überwältigenden Eindruck von der Größe dieses neuen Zeppelins, der seinen Vorgänger, der vor vier Jahren die Halle durch das gleiche Tor zur Fahrt nach Amerika verließ, um die Hälfte an Größe übertrifft. Im Punkt 3,30 Uhr hob sich der „Graf Zeppelin“ zunächst fast ohne Motorenkraft in die Höhe, bis etwa 100 Meter über dem Erdboden. Dann hörte man kurz hintereinander die Maschinentelegraphen klingeln und fast gleichzeitig sprangen alle 5 Motoren an. Unter den Winken und Hochrufen der Tausenden, die auf dem Felde und auf dem angrenzenden Hügel standen, verließ „Graf Zeppelin“ seinen Heimathafen und nahm langsam zunächst Kurs auf Manzell am Bodensee, wobei er die Stadt Friedrichshafen westlich umfuhr. Als es dabei die Stadt Friedrichshafen passierte, wurde ihm von der Bevölkerung, die an die Uferpromenade geeilt war, eine begeisterte Begrüßung zuteil, die Sirenen der Fabriken und der Bodenseedampfer erklangen, Flugboote und Kleinflugzeuge zogen ihre Kreise um den „Großen Bruder“ und über der Stadt Friedrichshafen.

Fahrt, Heimkehr und Landung.

Von Friedrichshafen aus konnte man die Fahrt des „Graf Zeppelin“ über den Bodensee deutlich verfolgen. Kurz nach 4 Uhr erreichte das Luftschiff Lindau, schwenkte dann nach Bregenz am österreichischen Ufer herum und kehrte, am Schweizer Ufer entlang, wieder zurück. In Rorschach und Romanshorn vorbei nahm der „Graf Zeppelin“ Kurs auf Konstanz, wo er gegen 4,45 Uhr eintraf. Von hier aus trat auch die ZL-Station des Schiffes zum erstenmal mit der Landstation auf der Zeppelin-Werft in Verbindung und meldete sein Eintreffen über Konstanz. Ueberausend kurze Zeit danach hörte man in Friedrichshafen schon wieder das Dröhnen der fünf Ranbach-Motoren, und vom Westen her kam das Luftschiff in voller Fahrt heran, überkreuzte das Wertfeld und die Stadt Friedrichshafen und nahm erneut Kurs am Bodenseeufer entlang nach Lindau, überroll an den kleinen Uferstädten jubelnd begrüßt.

Um 5,20 Uhr erschien das Luftschiff wieder über Friedrichshafen, überflog den Sandplatz, wo mit großen Zahlentafeln die Windstärke am Boden angezeigt wurde, und verschwand dann wieder in Richtung Weersburg. Gegen 6 Uhr kehrte der „Graf Zeppelin“ in größerer Höhe von etwa 600 bis 700 Metern wieder in die Nähe des Wertfeldes zurück, um dann erneut über dem westlichen Teil des Bodensees zu kreuzen. Deutlich konnte man beobachten, wie das Schiff allerlei Versuche vornahm, wie es zum Beispiel durch Abstellen der Motoren plötzlich in der Luft stillstand und nur mit eigenem Auftrieb in die Höhe ging. Dann wurde die Fahrt wieder aufgenommen. Um 6,15 Uhr, als schon die Dämmerung einsetzte, kehrte das Schiff auf den Platz zurück. Es wurde jedoch 6,45 Uhr, ehe das Schiff die Landung vornehmen konnte, die dann aber glatt von statten ging.

Der Führertablett entstieg schon auf dem Felde unmittelbar nach der Landung Dr. Eckener selbst, der unter dem Jubel der Menschenmenge von seiner Gattin herzlich begrüßt wurde. Dann trat die Tochter des Grafen Zeppelin, Gräfin Brandenstein-Zeppelin, auf ihn zu, um ihn, Tränen der Freude in den Augen, mit den Worten zu beglückwünschen: „Gott sei Dank, nun sind wir so weit.“

Fortwährend mußte Dr. Eckener die ihm von allen Seiten sich entgegenstreckenden Hände schüttein.

Das Ergebnis der Fahrt.

Ueber den Verlauf der Wertstättenfahrt erklärte er sich äußert befriedigt. „Wir haben“, so teilte er mit, „zunächst unsere üblichen Geschwindigkeitsmessungen und Drehkreisbestimmungen vorgenommen, und zwar hatten wir die Geschwindigkeit auf unserer alten Strecke Friedrichshafen—Kehlen an der Bahnlinie nach Ravensburg vorgenommen. Die Geschwindigkeit des „Graf Zeppelin“ übersteigt doch unsere Erwartung. Mit Leichtigkeit haben wir eine Marschgeschwindigkeit von 120 Stundenkilometern erreicht. Höhen- und Seitensteuer haben ausgezeichnet funktioniert. Die höchste Höhe, die wir erreichten, war 1400 Meter, wobei wir durch Luftschichten mit fortwährend wechselnder Temperatur gehen mußten. Vorzüglich war auch, vor allem bei der Landung, das Umfliegen der Motoren vom Vorwärts- auf den Rückwärtsgang. Eine Vibration der Motoren war im Schiff während der Fahrt kaum zu verspüren.“ Scherzend erklärte Dr. Eckener zum Schluß: „Und eine Ventilation haben wir im Schiff, die ist so gut, daß ich beschloßen habe, das Schiff zu einem Luftkurort zu machen.“ Die nächste Fahrt, so meinte Dr. Eckener weiter, werde wahrscheinlich bereits am Dienstag stattfinden, und zwar hoffe man in Friedrichshafen Westwind zu haben, aus welchem Grunde auch das Schiff wieder in der alten Lage, mit der Spitze nach Westen, in die Halle gebracht wurde.

Es war schon fast völlig dunkel, als der Riesenschiff des Luftschiffes, von der Haltemannschaft sicher am Boden gehalten, unter dem nicht endenwollenen Jubel der Massen auf dem Feld herumgeschwenkte und dann zwischen die Schienenstränge gebracht wurde, wo der Schiffkörper an den Laufstegen befestigt wurde. Um 7,10 Uhr glitt der „Graf Zeppelin“ so ruhig und sicher in die jetzt hell erleuchtete Halle zurück, wie er sie 3 1/2 Stunden zuvor verlassen hatte.

Die Tragödie im Menterwald.

Einstellung des Verfahrens wegen Mordes.

Die Liebestragödie, die sich vor einiger Zeit im Menterwald abspielte hat und zunächst als Mord behandelt wurde, hat jetzt ihren gerichtlichen Abschluß gefunden. Unter dem Verdacht, seine Braut Käthe D. ermordet zu haben, war der vierzigjährige Kaufmann Walter F., der durch seine kluge Bekleidung auffiel, auf der Straße von Passanten festgehalten worden. Er hatte dann auch angegeben, daß seine Braut im Menterwald tot liege und daß er Hilfe holen wolle. Bei der Vernehmung machte er zunächst sehr widersprechende Angaben. Er behauptete, daß sie beide gemeinsam aus dem Leben scheiden wollten, daß das Mädchen sich geweigert habe, dann aber plötzlich bei den Auseinandersetzungen ihm den Revolver aus der Tasche gezogen und sich, ehe er es verhindern konnte, mehrere Schüsse beigebracht habe. Er sei schnell weggelaufen, um Hilfe zu holen. Da Käthe D. allgemein als ein lebenslustiges Mädchen geschildert wurde, stießen die Angaben des Angeklagten auf Zweifel, und er wurde wegen Mordverdachts in Haft gehalten. Mit Rücksicht auf das Gutachten des Sachverständigen, daß sich nicht feststellen lasse, ob die Schüsse von fremder Hand oder selbst beigebracht seien, erfolgte zunächst die Freilassung F.s. Die Staatsanwaltschaft hatte zwar damals Widerspruch erhoben, sah sich jetzt aber genötigt, nachdem Medizinalrat Dr. Störmer zu den gleichen Schlüssen gekommen war, das Verfahren einzustellen und F. außer Verfolgung zu setzen.

Die Nacht nach dem Verrat.

Roman von Liam O'Flaherty.

(Aus dem Englischen übersetzt von A. Hausler.)

(Schluß.)

Sie fielen auf den nächsten Treppenabhang. Gypo und Mulholland lagen oben. Mulhollands rechtes Knie war auf Curleys Rücken. Er war kühl, mitten im Bahnsinn der Todesangst. Er steckte die Zähne und hob die Pistole, um in Gyppos offenen Mund zu schießen. Aber Gypo rampte ihn mit seinem riesigen Kopf.

Mulholland wurde wie ein Akrobat nach rückwärts geschleudert: Füße über Kopf und Kopf über Füße. Er landete in der entfernten Ecke auf einem schwarzen Schaffellteppich vor der Tür zu einer anderen Wohnung. Die Knie ans Kinn gezogen, lag er still. Der Schuß fuhr durch das weißgestrichene Gebälk der Decke. Die Pistole rasselte zu Boden.

Gypo scharrte auf Händen und Knien in der Dunkelheit umher. Er tastete nach den beiden Männern, die unter ihm lagen. Mit einer weit ausholenden Bewegung seiner Hände fühlte er ihre Rümpfe, ihre Rücken, ihre Schenkel. Ihre Körper waren schlapp und weich wie die Leichen von Tieren. Einer von ihnen leuchtete und wälzte sich herum. — Gypo richtete sich auf. Ohne irgendwohin zu sehen, stürzte er zur Treppe und sprang in großen Schritten hinunter.

Auf halber Höhe im untersten Stockwerk hielt er an und versuchte zu denken. Dann fuhr er sich mit der Hand über die Augen und schüttelte den Kopf.

Er sagte laut: „Es hat keinen Zweck. Es hat keinen Zweck.“

Im Haus über ihm war ein großer Lärm von aufgestörten Leuten.

Er erreichte den Hausflur. Durch die offene Tür konnte er die Straße draußen sehen. Die Dämmerung war da. Die Luft war grau, kalt, leer und still. Er ging geradeswegs auf die Tür zu. Sein Leib war ganz kalt. Kalt und tot. Tot und kalt.

Ein Strom von rotem Blut tropfte von der Wunde im Schenkel über seinen rechten Stiefel. Ein zweiter Blutstrom tropfte an seinen rechten Rippen entlang. Er wußte es nicht. Er war kalt und tot. Tot und ganz kalt.

In der Tür stand er still. Seine Augen weiteten sich. Ein lechter, leidenschaftlicher Ausbruch straffte seinen Körper. Er brüllte. An dem Gitter der Kirche jenseits der Straße

hatte er Gallagher gesehen. Unmaßend lächelnd, die Hände in den Taschen eines Regenmantels.

Gypo sprang die fünf Stufen zur Straße in einem Satz herunter. Da, als sein rechter Fuß das Pflaster berührte, kamen rasch hintereinander Schüsse. Sie kamen von allen Seiten. Drei von ihnen drangen in seinen Körper. Ohne den linken Fuß auf das Pflaster zu setzen, sprang er wieder in die Luft mit ausgestreckten Händen und aufwärts gewandtem Gesicht mit der ernstesten Gebärde eines symbolischen Tänzers.

Er taumelte vorwärts auf die Straße, auf schwankenden Füßen hüpfend, sich trümmend und windend. Dann fiel er auf die Knie. Er stöhnte und schlug hin.

Er arbeitete sich wieder empor und blickte, mit den Händen seinen Bauch haltend, wild um sich. Da vor ihm war Gallagher, der jetzt verträumt lächelte mit fernem, melancholischem Augen.

Gallagher schüttelte sich und wandte sich scharf ab nach rechts.

Gypo wollte ihm nach. Aber er wußte nicht mehr, warum er ihm nachgehen wollte. Seine Augen wurden trübe. Sein Körper war kalt. Kalt und tot.

Zähneknirschend kam er auf die Füße. Er drückte die Brust heraus, zuckte mit den Schultern und ging vorwärts wie ein Betrunkener. Er ging langsam geradeaus, hoch aufgerichtet, steif, langsam seine schlaffen Hände schlentend.

Er ging durch das eiserne Gittertor der Kirche den Zementweg bis zur Kirchentür entlang. Die Stufen mußte er auf den Knien hinaufkriechen. Blut stieg ihm im Hals heraus.

Ehrfürchtig tauchte er die Hand in das Becken mit geweihtem Wasser. Er benetzte die Hand bis zum Gelenk. Er versuchte den Hut abzunehmen, um sich zu befeuchten. Seine Hände tappten auf seinem Schädel umher, aber seine Finger waren schon tot. Sie konnten den zerfetzten Hut nicht greifen. Er versuchte sich zu befeuchten. Unmöglich. Seine Hand konnte die Stirn nicht erreichen. Sie hob sich bis zur Hälfte und fiel dann leelos herab. Sie war zentnerschwer. Er ring nach links. Er taumelte durch eine schmale romanische Tür. Er war in der Kirche.

Es war ein weiter, hoher Raum, verhalten mit Stille.

Weit hinten im von Lampen erhellen trüben Dämmerlicht las ein Priester am Altar die Messe. Der summende Klang der Worte hallte friedlich durch die stille Kirche, beladen mit einem seltsam geheimnisvollen Duft, mit der geheimnisvollen Ruhe von Seelen, die nach der Unendlichkeit suchen. Rings in der Kirche knieten Leute mit gebeugten Köpfen und verhüllten Gesichtern betend für ewige Dinge.

Traurige, hagere, hungrige Gesichter, in die Betrachtung der Unendlichkeit vertieft, herausgehoben aus dem Schmutz ihres Lebens durch die Verfenkung ins Ewige.

Frieden, Stille und der seltsame Duft von Geheimnis und den ewigen Dingen.

Tiefe, lange, sanfte Worte ohne Ende an einem stillen Ort gemurmelt. Geheimnis und das Gespenst des Todes hauchten schwache Atemzüge.

Gnade und Mitleid. Mitleid und Friede. Mitleid, Gnade und Friede, drei ewige Dorelen im Labyrinth des Lebens, die unaufhörlich mit menschlichem Staub blank gerieben werden.

Gyppos Augen schweiften in der Kirche umher. Seine Augen waren sehr trübe. Es lag ein Schleier vor ihnen. Er glaubte jemand zu sehen, den er kannte. Er war nicht sicher. Ja. Sie sahen ihn an. Da, links, auf der anderen Seite des Kirchenschiffs. Es war nicht weit fort. Wer? Francis McPhillips Mutter!

Mit einem tiefen Seufzer machte er sich auf den Weg zu ihr. Vor ihrem Sitz fiel er in einem Haufen zusammen. Er hob den Kopf zu ihrem Gesicht. Er sah ihr Gesicht, ein großes, weißes, trauriges Gesicht, über dessen fetten Baden Tränen liefen. Vor ihr in dem Kirchenschiff rang er sich empor auf die Knie. Heute stärkten sie ihn auf ihn zu. Er winkte mit der Hand, um sie fernzuhalten. Es war sehr dunkel. Er schluckte das Blut in seinem Mund und sprach in einem tiefen Flüstern: „Frau McPhillips, ich habe Ihren Sohn Francis verraten. Vergeben Sie mir. Ich sterbe.“

Seufzend flüsterte sie traurig und leise: „Oh verzeihe dir, du wußtest nicht, was du tatest.“

Er starrte vom Kopf bis zu den Füßen und beugte den Kopf.

Er fühlte, wie ein großer Blutstrom wild in seinen Kopf stürzte. Eine große Freude erfüllte ihn. Er wurde sich unendlicher Dinge bewußt.

Mitleid und Gnade und Friede und das Gespenst des Todes hauchten schwache Atemzüge. Gnade und Mitleid und Friede.

„Lacht mich los!“ schrie er und arbeitete sich auf die Füße. Er stand aufgerichtet in der vollen Majestät seiner Riesengestalt, alle überragend, aufrecht und majestätisch, die Glieder wie Säulen, und blickte zum Altar.

Er rief mit lauter Stimme: „Francis, deine Mutter hat mir vergeben!“

Dann fiel er mit einem quackenden Laut vornüber auf sein Gesicht. Der Hut roste herab. Blut stürzte aus seinem Mund. Er streckte seine Glieder in der Gestalt eines Kreuzes. Er schauderte und lag still.

Hauptprüfungstermin in Sachen Stinnes Vor neuen Überraschungen.

Wie wir zuverlässig erfahren, hat Rechtsanwalt Dr. Alsbach im Namen der Gesamtverteidigung einen neuen Hauptprüfungstermin für Hugo Stinnes beantragt. Der Untersuchungsrichter, Landgerichtsrat Böhler, dürfte aller Wahrscheinlichkeit nach einen Termin für Sonnabend ansetzen.

Weiter hören wir, daß nach den Ermittlungen in Wien vorläufig mit einem Abschluß des Ermittlungsverfahrens in nächster Zeit nicht zu rechnen ist. Es hat vielmehr den Anschein, als ob die Untersuchungsbehörden noch bis Ende Oktober mit der Sichtung des Materials beschäftigt sein werden, da sich in den letzten Tagen in Wien neue überraschende Momente ergeben haben, die, wenn nicht alle Anzeichen trügen, zu einer Erweiterung des Verfahrens führen werden.

Die deutschen Beamten in Oesterreich verfolgen die jetzt aufgefundenen Spuren, und man kann damit rechnen, daß die Überraschungen in der Stinnes-Affäre noch nicht zu Ende sind.

Was wollte die Frau von dem Kind? Der Kindesraub vom Wedding vor Gericht.

Das Große Schöffengericht Wedding unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Böhmer hat sich mit dem Kindesraub in der Genter Straße am Wedding zu beschäftigen, der vier Tage die Bevölkerung Berlins im Juni d. J. in große Aufregung versetzt hatte. Aus der Untersuchungshaft wurde die von ihrem Manne getrennt lebende Frau Vina Karo zur Aburteilung vorgeführt.

Frau Karo ist eine kleine schmachtliche Frau im Alter von 27 Jahren. Ihr Mann war ein Russe, von dem sie sich aber seit langer Zeit getrennt hat. Ein neunjähriges Kind aus der Ehe hat sie in Pflege gegeben. Die Angeklagte verkehrte in der Gastwirtschaft der Eheleute Nikolai in der Genter Straße und beschäftigte sich viel mit den Kindern des Wirtes. Am Nachmittag des 20. Juni bei sie die Mutter, ob sie nicht den kleinen 3½-jährigen Heinz etwas mit an die Luft nehmen könne. Die Mutter willigte auch ein, rief jedoch noch nach: „Aber nicht länger als eine halbe Stunde.“ Es wurde später und später, und die fremde Frau mit dem Kinde kehrte nicht zurück. Nach in der Nacht eilte der besorgte Vater zur Polizei. Die ganze Öffentlichkeit nahm Anteil an dem Schicksal des verschwundenen Kindes. Erst am vierten Tage wurde die Angeklagte, als sie mit dem Kinde an der Hand eine Gastwirtschaft betrat, auf die Beschreibungen hin erkannt und festgenommen.

Das Kind hat in der Zwischenzeit, wie sich jetzt in der Verhandlung ergab, mit der Angeklagten die vier Tage hindurch ein unsteiles Leben, nachts in Hotels und Privatquartieren, am Tage in allen möglichen Kneipen, geführt. Den Jungen gab die Frau als ihr Kind aus. Vorl.: Hatten Sie keine anderen Absichten mit dem Jungen? Angekl.: Ganz entschieden nicht. Ich habe das Kind sehr gut behandelt. Vorl.: Haben Sie sich nicht Gedanken gemacht, wie sehr sich die Mutter grämen muß? Angekl.: Gewiß, aber ich traute mich nicht zurück. Vorl.: Ist dem Jungen sonst nichts geschehen? Angekl.: Bewahre, ich habe ja auf ihn gut aufgepaßt. Die Mutter des Jungen, Frau Nikolai, bekundete als Zeugin, daß das Kind trotz einbringlichen Ausstagens sich über nichts beklagt habe und daß auch nichts aus seinen Antworten hervorging, daß ihm irgend etwas passiert sei. Auch der Arzt hat an dem Jungen nichts festgestellt. Ein anderer Zeuge bekundete, daß die Angeklagte auch mit den Kindern aus einer anderen Gastwirtschaft hier weggegangen, aber stets wieder zurückgekehrt sei.

Nach längerer Beratung verurteilte das Schöffengericht die Angeklagte wegen Kindesraubes zu acht Wochen Gefängnis, die durch die erlittene Untersuchungshaft für verübt erklärt wurden. Der Haftbefehl wurde daher aufgehoben. In dem Urteil stellte das Gericht fest, daß die Angeklagte den kleinen Heinz den Eltern durch eine gewisse List entzogen habe. Das erscheinende Moment des Abjages 3 des § 235 komme aber in Betracht, da nicht erwiesen sei, daß die Angeklagte die Absicht gehabt habe, das Kind aus Gewinnsucht zu unehrenhaften Absichten zu verwenden, wenn auch die Motive ihrer Tat durch die Beweisaufnahme keineswegs aufgeklärt worden seien. Die Angeklagte nahm das Urteil sofort an, das mit dem Einverständnis des Staatsanwaltes dadurch rechtskräftig wurde.

Organisierung sozialistischer Schuljugend. Sozialistische Arbeiterjugend heißt sie willkommen.

Die Schüler und Schülerinnen höherer Schulen zu organisieren, wurde nach der Revolution versucht. Aus der Schülerschaft Berlins fanden sich ein paar hundert junge Leute im Sozialistischen Schülerbund zusammen. Aber diese Organisation geriet im Laufe der Jahre immer mehr unter den Einfluß und Herrschaft der Kommunisten. Den Neuaufbau einer sozialistischen Schülerorganisation, der jetzt im Gange ist, erörterte die bei der Arbeitergemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen bestehende Berliner Fachgruppe der Lehrer höherer Schulen (unter Vorsitz der Oberschulrätin Genossin Dr. Hildegard Wegscheider).

Oberstudienrat Genosse Dr. Karzen berichtete über die aus Schülern und Schülerinnen höherer Schulen zusammengesetzten sozialistischen Schülergemeinschaften. Sie haben in Berlin begreiflicherweise zuerst in den Aufbauschulen festen Fuß gefaßt, aber Mitglieder gewinnen sie mehr und mehr auch an anderen höheren Schulen. Karzen wünschte diesen Schülergemeinschaften entschiedene Unterstützung. Cand. jur. Genosse Berlowitz, Vorstandsmitglied im Verein sozialistischer Studenten, umriß das Arbeitsgebiet der sozialistischen Schülergemeinschaften. Propaganda-tätigkeit und Bildungsbestrebungen werden ihre Hauptaufgaben sein. Die Propagandatätigkeit wird in enger Verbindung mit derjenigen der sozialistischen Jugend stehen müssen, der Sozialistischen Arbeiterjugend, der Jungsozialisten, der sozialistischen Studenten. Die Stellungnahme der S.A. zu den sozialistischen Schülergemeinschaften wurde vom Genossen Diederich dargelegt. Die S.A. erkennt die Notwendigkeit unter der Schülerschaft zu wirken. Dabei werden Arbeiterjugend, Studenten und Lehrerschaft gemeinsam daran arbeiten müssen, die Schuljugend in die sozialistische Gedankenwelt einzuführen. Mit dem Wunsch, dem von Kommunisten beherrschten Sozialistischen Schülerbund nicht das Rampenlicht zu überlassen, ist man aus der Schülerschaft selber an die S.A. herangetreten. Die Organisierung der sozialistischen Schülerschaft ist so gedacht, daß die S.A. in jedem Bezirke aus den ihr beigetretenen Schülern und Schülerinnen eine Schülergemeinschaft zusammenfaßt. Ihre Tätigkeit wird in die der S.A. fest eingegliedert, so daß der Entwicklung zu einer Sonderorganisation vorgebeugt ist. Eine solche Schülergemeinschaft hat man zuerst in Neudamm einrichten können, mit einer zweiten in Wedding gefolgt, weitere werden in anderen Stadtteilen geplant, auch im Westen.

Eine lebhafteste Aussprache knüpfte sich an diese Berichte. Die Redner und Rednerinnen erkannten an, daß Organisierung der Schülerschaft nötig ist, und auch gegen die Verbindung mit der S.A. wurde nichts eingewendet. Man verkannte nicht die Schwierigkeiten, die bei dem in diesen höheren Schulen herrschenden

Ein verrückt gewordener Richter.

„Ich werde verfolgt! Niemand gehorcht mir!“

In der Kleinstadt Neudamm, unsern von Küstern, hat sich in der letzten Woche eine Justizkomödie abgepielt, die in der ganzen Gegend großes Aufsehen erregt: Ein Richter ist wahnsinnig geworden und hat eine willkürliche Verhaftung nach der anderen verfügt.

Bei einer Hochzeit in der Bäckerfamilie Bzjak kam es unter den Gästen zu Streitigkeiten, bei denen gegen den Bruder des Hochzeilers ehrenrührige Vorwürfe erhoben wurden. Er verließ darauf die Hochzeitstafel, rannte zur Türe hinaus und verschwand. Am nächsten Tage wurde er

als Leiche aus dem Neudammer Stadteer gezogen.

Bestreifterweise erregte dieser Selbstmord in dem kleinen Städtchen großes Aufsehen. Der Klatsch tat sein Übriges, und schnell verbreitete sich die Kunde, daß der junge Bzjak in den Tod getrieben wurde. Der Vorfall kam auch zur Kenntnis des stellvertretenden Untersuchungsrichters, Amtsgerichtsrat Dr. Stahlberg, der sofort eine Untersuchung einleitete. In Verfolg dieser kamen bei dem Richter plötzlich Anzeichen von beginnendem Verfolgungswahn zum Ausdruck.

Dr. Stahlberg, ein 35-jähriger Richter, verhaftete nicht nur sämtliche Mitglieder der Familie des Selbstmörders, sondern legte auch seine eigene Stenotypistin, den Strafanstaltsobwachmeister von Neudamm und einen Polizeibeamten in Haft.

Diese hatten nämlich bedenklich gegen die wahllosen und durch nichts gerechtfertigten Festnahmen aus dem Familienkreis des Selbstmörders geltend zu machen gewagt. Ein Strafanstaltsobwachmeister, der sie verhaften sollte, mußte über die törichtesten Anordnungen lächeln, was die Wut des Amtsgerichtsrats auslöste. Daraufhin forderte er den Gerichtsdieners Mantel auf, beide in Haft zu nehmen. Als dieser sich einen Augenblick den Fall überlegte, rief ihm Dr. Stahlberg die Schlüssel aus der Hand, öffnete eine Zelle und ließ seine Stenotypistin, den Wachmeister und den Gerichtsdieners hinein. Dann verriegelte er die Zelle von

außen. Damit aber nicht genug. Amtsgerichtsrat Dr. Stahlberg erließ auch

Haftbefehle gegen den Polizeikommissar Sandring und den Bürgermeister Kuhlna von Neudamm,

die er ebenfalls beschuldigte, seine Maßnahmen zur Aufklärung des „Mordfalles“ zu sabotieren. Glücklicherweise weigerten sich die Gerichtsbeamten aber, die Haftbefehle auszuführen, da sie in zwischen Bedenken an der Zurechnungsfähigkeit des Richters bekommen hatten. Ein älterer Beamter sagte sich den Mut und sprach: „Herr Amtsgerichtsrat, das tun wir nicht. Wir kennen unseren Bürgermeister und unseren Kommissar. Sie haben mit der Geschichte nichts zu tun.“ Daraufhin erließ Dr. Stahlberg. Er begann am ganzen Körper zu zittern, lief plötzlich aus dem Bureau hinaus und durchschritt die Straßen Neudamms mit hochgehobenen Händen, indem er fortgesetzt rief:

„Ich werde verfolgt! Ich werde verfolgt! Niemand gehorcht mir!“

Eine Menschenmenge folgte ihm. Nach den amtlichen Verlautbarungen hat sich bei dem Amtsgerichtsrat Dr. Stahlberg, der inzwischen von seinem Amte suspendiert wurde, eine krankhafte Bahnvorstellung entwickelt. Der Bürgermeister fuhr nach Landsberg an der Warthe, wo er sich mit der Staatsanwaltschaft, dem Untersuchungsrichter und dem Landgerichtspräsidenten in Verbindung setzte. Diese verhinderten dann weitere Amtshandlungen des Untersuchungsrichters, befreiten die festgenommenen Familienmitglieder des Selbstmörders aus der Untersuchungshaft und machten auch die Haftbefehle gegen den Bürgermeister und den Polizeikommissar wieder rückgängig. Wie wir hören, ist Amtsgerichtsrat Dr. Stahlberg in ein Sanatorium gebracht worden. Ein besonderes disziplinarisches Ratspiel wird sein Vorgehen nicht haben, da es sich dabei um eine dauerhafte Geisteserkrankung handelt.

Wohnungswirtschaft fürs Volk.

Die Demog fordert reichsgefesliche Regelung der Gemeinnützigkeit.

Dresden, 18. September. (Eigenbericht.)

Im Anschluß an den in unserer Sonntagsnummer gebrachten Vortrag des Genossen Wepfer, Solingen, nahm der Verbandstag der Demog-Revisionsvereinigung einstimmig eine Entschlie-ßung an, in der es heißt:

Der Verbandstag hält nach wie vor die gemeinnützige Bautätigkeit für die beste Waffe im Kampfe gegen Wohnungsnot und Wohnungselend und für das beste Mittel zur Herbeiführung einer besseren Wohnungswirtschaft und Wohnungskultur. Im einzelnen nimmt der Verbandstag zu den Gegenwartsfragen des Kleinwohnungsbaues folgenden Standpunkt ein: Die Zahl der fehlenden Wohnungen ist nicht auf 600 000, sondern auf mehr als das Doppelte zu veranschlagen. Die Durchschnittsgröße der künftig zu erbauenden Wohnungen darf nicht herabgesetzt werden. Die Auffstellung eines Reichsmohnungsbauprogrammes für einen mehrjährigen Zeitabschnitt ist erforderlich. Zur Finanzierung des Wohnungsbaues ist die Hauszinssteuer stärker bzw. vollständig heranzuziehen. Die Kapitalertragssteuer ist, soweit sie den Zustuß inländischen Geldes in den Wohnungsbau erschwert, abzubauen. Ferner ist die Aufnahme von Auslandsgebern in Aussicht zu nehmen. Die Gemeinnützigkeit der Bauvereinigungen ist reichsgefeslich neu zu regeln, da die gegenwärtigen Verhältnisse auf dem Gebiete unhaltbar sind. Der Verbandstag beauftragt den Verbandsvorstand, sofort in Verhandlungen mit den zuständigen Ministerien einzutreten und einen diesbezüglichen Gesetzentwurf auszuarbeiten.

Im Geschäftsbericht des Vorstandes umriß der Verbandsvorsitzende, Genosse Richard Lindeke, die glänzende Entwicklung der Demog-Organisationen. Aus 20 Genossenschaften und Vereinigungen 1924 sind Ende 1927 77 und jetzt 157 geworden. Dem Revisionsverband werden am Schluß des Jahres etwa 200 Vereinigungen angehören. Der Revisionsverband könnte bereits 500 Mitglieder haben, wenn er die Bedingungen zum Beitritt weniger kritisch formulieren würde. Die Verteilung der Mitglieder auf die einzelnen Bezirke ist folgende: Berlin-Brandenburg 54, Wasserfante 31, Schlefien 22, Sachsen 18 und Schwes 27. Nach Rechtsformen bestehen 132 Genossenschaften, 8 eingetragene Vereine und 17 Gesellschaften. Die Genossenschaften selbst haben eine Mitgliederzahl von 19 000. Von den der Demog angehörenden Vereinigungen wurden bis jetzt 13 100 Wohnungen erstellt, im Bau befinden sich 8 000, so daß rund 22 000 Wohnungen von den Demog-Vereinigungen vermittelt werden.

Geist der Reaktion zu erwarten sind. Aber die S.A., sagte Genosse Diederich in seinem Schlußwort, fühlt sich stark genug, die über-nommene Aufgabe zu lösen.

Politisches Attentat?

Ueberfall auf einen hohen mecklenburgischen Beamten.

Schwerin, 18. September.

Der frühere demokratische Justizminister Mecklenburgs, der jetzt Ministerialdirektor Dr. Brückner, wurde heute vormittag auf der Schloßstraße in Schwerin vor dem Regierungsgebäude von einem normen gekleideten unbekanntem jungen Mann angegriffen. Mit einer Hundepeitsche schlug der Unbekannte auf Ministerialdirektor Brückner ein, zerstückte ihm die Brille und verlegte ihm durch wichtige Schläge am Kopf. Als der Landesfiskusrat Puls hinzutrat, ergriff der Täter unerkannt die Flucht. Der Vorfall wurde von Beamten des Ministeriums und von Postanten beobachtet.

Geschäftslüchtige Hausbesitzer.

Da — zum Ärger der Hauswirte — die Mieterschuldgelege immer noch in Kraft sind, kann der Hausbesitzer nicht so nach der Konjunktur willkürlich die Mieten erhöhen. Er hilft sich aber auf andere Weise! Um zu einer recht anscheinlichen Miete zu kommen, verführt er, alle Nebenausgaben seines Hauses auf die Mieter abzuwälzen. Auch Reparaturen soll der Mieter bezahlen. Der Hauswirt in der Petersburger Straße 15 ist beispielsweise besonders geschäftslüchtig: Reparaturen läßt er nämlich immer nur ausführen, wenn die Mieter der Baupolizei Anzeige erstattet haben. Seit zwei Jahren verlangen die Mieter vergebens, daß die

Nachmaschine repariert wird. Erst nachdem auch in diesem Falle die Baupolizei eingriff, soll ein neuer Kessel eingebaut werden. Aber nur dann, wenn die Mieter die Kosten hierfür aufbringen, indem sie für jeden Waschtage 50 Pfennig Gebühr bezahlen! Auch die Kosten für die Nachtbeleuchtung auf den Treppen tragen die Mieter durch Umlage. Der private Hausbesitzer betrachtet seine Mieter eben immer noch als willkommene Ausbeutungsobjekte. Erst wenn die Baugenossenschaften den Baumarkt und damit auch die Verwaltung der Wohnbauten beherrschen, wird diese Ausbeutung des Mieters ein Ende haben!

Schwerer Junge gefaßt!

Der verhängnisvolle Einbruch.

Ein waghalsiger Einbrecher, der viel auf dem Kerbholz hat, wurde endlich in seiner Wohnung in der Jablonstrasse ermittelt und festgenommen.

Es handelt sich um einen 24 Jahre alten Willy Kuhner, der die Kriminalpolizei schon wiederholt beschäftigt hat. In der Martin-Luther-Straße brach Kuhner in eine Wohnung ein, in der die Inhaberin allein zu Hause war. Als diese ihn überraschte, drückte er sie gegen die Wand und forderte unter Drohungen mit Erschießen Geld und Wertgegenstände. Er erhielt 100 Mk. und eine goldene Kette und verschwand damit. Dieser Einbruch wurde ihm zum Verhängnis. Die Wohnungsinhaberin konnte ihn so genau beschreiben, daß der Erkennungsdienst sofort wußte, daß man es wieder mit Kuhner zu tun hatte.

Kriminalkommissar Kanthak folgte allen Spuren, ohne daß der Einbrecher davon eine Ahnung hatte. In Sicherheit gewagt, hatte er sich unterdessen verheiratet und mit seiner Frau eine Wohnung in der Jablonstrasse bezogen. Hier wurde er von den Beamten ermittelt und festgenommen.

Die Wissenschaft des Gewerkschafters.

Eine Arbeitsschule.

Die Rolle der Gewerkschaften im öffentlichen Leben, die Notwendigkeit, Zehntausende von verantwortlichen und in ihren Maßnahmen zum Teil selbständigen Funktionären in allen Betrieben und in vielen öffentlichen Körperschaften zur Verfügung zu haben, zwingt heute die Gewerkschaften mehr denn je zu einer umfangreichen Bildungsarbeit. Der Betriebsvertrauensmann, der Betriebsrat, der Arbeitsrichter, aber auch alle anderen Gewerkschaftsfunktionäre müssen sich unablässig mit einer Reihe sozial-politischer Gesetze vertraut machen, die grundlegend für ihre Existenz sind oder ihre Entscheidungen beeinflussen und bedingen.

Über nicht allein Paragraphenkennntnis ist notwendig. Der verantwortliche Gewerkschaftler als Arbeitsrichter, aber auch der Betriebsrat muß die

wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhänge

kennen, die jedem von ihm vertretenen Streitfall zugrundeliegen. Von seiner verständnisvollen Einsicht in diese Zusammenhänge und zugleich von einer genauen Kenntnis der Paragraphen hängt es also ab, ob ein von ihm vertretenen Arbeitskollege zu seinem Recht kommt. Oft genug ist dieses Recht verknüpft mit einer Geldforderung, die in die Hunderte von Mark gehen kann. Vielfach genügt eine außergerichtliche formeller Bestimmung oder eine nicht sachgemäße Erfassung und Darstellung des wirklichen Tatbestandes, um eine an sich berechnete Forderung als unberechtigt erscheinen zu lassen. Die Verantwortlichkeit des Gewerkschaftsfunktionärs ist also riesengroß. Es ist deshalb unbedingt notwendig, daß er sich mit dem geistigen Rüstzeug versieht, das ihn dazu instand setzt, seine Aufgaben zu bewältigen.

In diesen Tagen erscheint der Lehrplan der

Berliner Gewerkschaftsschule.

Sie ist die von den Berliner gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen, dem Ortsausschuß Berlin des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und dem Ortsrat Berlin des Allgemeinen freien Angestelltenbundes geschaffene Einrichtung, um alle Gewerkschaftsmitglieder und Gewerkschaftsfunktionäre mit dem Maß von praktischen, gewerkschaftlichen, sozialpolitischen und wirtschaftswissenschaftlichen Kenntnissen und Fähigkeiten zu versehen, die der Gewerkschaftstapfer heute erfordert. Wir werden in den nächsten Tagen aus dem Lehrplan der Schule eine Anzahl wichtiger Kurse hier veröffentlichen und begnügen uns heute damit, darauf hinzuweisen, daß die Lehrberatungs-Sprechstunden ab Freitag, den 21. September d. J., regelmäßig jeden Montag und Freitag, von 16 bis 19 Uhr, im Bureau der Schule, Engelufer 24/25, Zimmer 6, stattfinden. Ausführliche Lehrpläne und Werbematerial für die Schule kann von sämtlichen Ortsverwaltungen der Berliner Gewerkschaften bezogen werden.

Internationaler Kongreß der Privatangestellten Organisatorische Sonderwünsche.

Auf dem Dresdener Internationalen Kongreß der Privatangestellten wurden im weiteren Verlauf der Beratungen das Programm von Montreux, die Haltung des Inter-

nationalen Arbeitsamtes zur Angestelltenfrage, das Verhältnis zwischen IGB und Angestelltenbewegung sowie die Jugend- und Rationalisierungsprobleme erörtert. Klein-Wien bezeichnete das Angestelltenprogramm von Montreux als Mindestprogramm und nächstes Ziel der Agitation. Er zeigte scharf, daß das Internationale Arbeitsamt die Vertretung der Angestellteninteressen einem „Auschuß für geistige Arbeiter“ übertragen habe, in dem sogar Unternehmer sitzen. Die Angestellten verlangten eine eigene, ständige Vertretung in Genf. Der Kongreß pflichtete den Ausführungen Klein-Wien bei. Im übrigen begrüßte er es, daß auf die Tagesordnung der Internationalen Arbeitskonferenz von 1929 das Arbeitszeitproblem der Angestellten gesetzt worden ist.

Ueber: „Rationalisierung und Angestellte“ sprach Schweizer-Berlin. Er legte dem Kongreß eine Reihe von Vorschlägen vor. Darin werden gefordert: Sicherungen für die Angestellten in der Arbeitsmarktpolitik, im Arbeitslosenschutz, im Arbeitslohn, in der Sozialversicherung und in der Wirtschaftspolitik, hier besonders durch Ausbau des Mitspracherechts der Arbeitnehmer im Betrieb und in der Wirtschaft. Die Richtlinien wurden vom Kongreß einstimmig angenommen.

Der Internationale Sekretär des IGB, Smit, behandelte das Verhältnis der Angestellten zum IGB. Er gab zu, daß beim IGB den Angestellten gegenüber gewiß viel guter Wille vorhanden sei, es fehle aber an dem notwendigen Verständnis für die Angestelltenfragen. Auch für die Angestellten sei die freigewerkschaftliche Bewegung der einzige Weg, der zum Ziel führe; die Angestellten müßten sich jedoch gegen jede Schablonisierung wenden. Notwendig seien besondere Angestelltenverbände, die mit den freigewerkschaftlichen Organisationen der Handarbeiter in enger Gemeinschaft kämpfen. Smit verlangte vor allem eine Vertretung der Angestellten im Vorstand des IGB. Verschiedene Disziplinarredner aus Deutschland und Oesterreich unterstützten die Ausführungen Smits, während ein englischer Redner von einer zu starken Betonung der Sonderinteressen der Angestellten sprach und eine andere Laktik gegenüber dem IGB wünschte. Sassenbach, der Vertreter des IGB, ließ in vorsichtiger Form durchblicken, daß der IGB bereit sei, den Wünschen der Angestellten entgegenzukommen. Die von Smit vorgelegten Vorschläge, die vor allem eine Vertretung der Angestellten im IGB fordern, wurden gegen wenige Stimmen angenommen.

Die Vorstandswahlen brachten keine Veränderung. Smit bleibt Internationaler Sekretär, Urban-Berlin Vorsitzender der Internationale.

Uebergang zur Tagesordnung.

Die Angestellten-Internationale gegen Moskau.

Auf dem Internationalen Kongreß der Privatangestellten, der zurzeit in Dresden stattfindet, wurde im Anschluß an den vom internationalen Sekretär Smit erstatteten Geschäftsbericht wieder einmal das Verhältnis der Amsterdamer Gewerkschaften zur Moskauer Gewerkschaftsinternationale erörtert. Einzelne Delegierte aus Polen und der Tschechoslowakei wünschten, daß neue Versuche gemacht werden, um zu einer freundschaftlichen Zusammenarbeit mit den Russen zu gelangen. Sie schlugen u. a. vor, der Bund solle eine Delegation nach Rußland entsenden, was freilich nicht neu ist. Plek-Wien, Mitglied des Internatio-

nen Vorstandes, trat diesen Bestrebungen wirkungslos entgegen. Er betonte, daß das freigewerkschaftliche Prinzip im westeuropäischen Sinn unbedingt, auch den Russen gegenüber, aufrechterhalten werden müsse. Wie den Russen keine Vorschriften gemacht würden, so müßten auch die Privatangestellten, die Amsterdamer angeschloßen seien, für sich das Recht auf eine den westeuropäischen Verhältnissen entsprechende organische Entwicklung der Arbeiterbewegung geltend machen. Der Kongreß unterstrich mit starkem Beifall diese Ausführungen und ging über den Antrag auf Entsendung einer Delegation nach Rußland gegen eine Stimme zur Tagesordnung über. Wegen die Vergewaltigung der Angestelltenorganisation von Barcelona durch die spanische Diktatur erhob der Kongreß in einer einstimmig angenommenen Entschließung scharfen Protest. Der Bericht des Generalsekretärs wurde einstimmig gutgeheißen.

England gegen Bata-Schuhwerk.

Die britische Organisation der Schuh- und Lederarbeiter hat im Kampf gegen die Schmutzkonzurrenz des tschechoslowakischen Schuhindustriellen Bata einen Erfolg zu verzeichnen. Sie hatte sich bei ihrer Abwehrbewegung an den gemeinsamen Industrierrat gewandt. Dieser beschloß, bei der Regierung auf Grund des Warenabstemplungsgegesetzes einen Vorschlag zur Abstemplung von tschechoslowakischen Schuhwaren einzubringen. Nunmehr hat die englische Regierung verfügt, daß ab 1. Januar 1929 alle importierten Schuhe, Pantoffeln usw. beim Verkauf oder in der Auslage eine Ursprungsmarke aufweisen müssen.

Im Kalkwerk Rittmüh, Zählstelle Döben i. Sa., sind Differenzen wegen Nichtbezahlung von tariflich festgelegten Ueberstundenzuschlägen ausgebrochen. Die Arbeitsbedingungen in der Kalkindustrie Sachsens sind durch einen Bezirksmantelvertrag geregelt. Die Firma ist daher verpflichtet, die festgelegten Ueberstundenzuschläge zu bezahlen. Trotzdem hat sie, da die Belegschaft sich weigerte, unbezahlte Ueberstunden zu machen, solchen Arbeitern gekündigt. Vor Arbeitsaufnahme im Kalkwerk Rittmüh wird gewarnt.

Ein rheinisch-westfälischer Beamtenrat des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes fand dieser Tage in Köln statt. Der Bundesvorsitzende und Reichstagsabgeordnete Falkenberg sprach auf der gut besuchten Tagung über die politische Bedeutung der Beamtenfrage. Im Anschluß an Falkenbergs Vortrag nahm der Beamtenrat einstimmig eine Entschließung an, worin er vom Reichstag und von der Regierung verlangt, daß die wichtigsten Forderungen der Beamenschaft: Beamtenverordnungsgegesetz, Achtstundentag, Befestigung des klassentrennenden Charakters der neuen Befoldungsordnung und Demokratisierung der Verwaltung beschleunigt durchgeführt werden. Die Durchführung der Beamtenforderungen, wird in der Entschließung hervorgehoben, sei nicht lediglich eine gewerkschaftliche, sondern eine eminent politische Aufgabe.

In der Frage der Sonderzuschläge, die besonders das Rheinland interessiert, forderte der Beamtenrat Zahlung an die Reichsbeamten für Oktober bis Dezember 1927, ferner Unterstützung der Forderungen der bei der Regie beschäftigt gewesenen Eisenbahner durch den ADB, sowie dessen Beteiligung am Gewerkschaftsausschuß für die besetzten Gebiete.

Herrenkleidung

so modern und so schick wie überhaupt möglich, in einer Auswahl, die jeden das für ihn passende finden läßt - gute, solide Qualitäten und - C. & A. - Preise.

Gute Kleidung braucht nicht teuer zu sein!

Das haben wir mit unserer Damen-Kleidung in 17 Jahren über und über bewiesen. Jetzt werden wir's auch mit Herren-Kleidung beweisen.

Wenige Tage noch, dann werden Sie sich davon überzeugen, wie vorteilhaft Sie bei uns kaufen können, und Sie werden begeistert zugeben: -

In der Tat, genau so vorteilhaft!



KÖNIGSTR. 33
AM BAHNHOF ALEXANDERPLATZ

CHAUSSEESTR. 113
BEIM STETTINER BAHNHOF

Stalins Schwelung.

Die Nachwirkungen des Linkskurses in der sowjetrussischen Wirtschaftslage.

Die Wirtschaftskrise und vor allem die passivere Reflexion der Bauern in der Form eines wirklichen Getreidelieferungsstreiks hatten Stalin zur teilweisen Kapitulation gezwungen. Der Rückzug vom Linkskurs wurde in der Form der Aufhebung aller Zwangsmassregeln bei der Durchführung der Getreidebereitstellung durchgeführt. Aber das berühmte Dekret vom 19. Juli, das das Einkommen Stalins festgelegt hatte, konnte das wirtschaftliche Unheil, das der verhängnisvolle Linkskurs angerichtet hatte, nicht auf einmal wiedergutmachen.

Der Rückzug vom Linkskurs kam zu spät.

Das Vertrauen der Bauernschaft zur Rep. d. S. zur „Neuen ökonomischen Politik“, die von Lenin „im Ernst und auf die Dauer“ proklamiert war, wurde gründlich erschüttert. Zweitens war der Rückzug vom Linkskurs zu spät und mit Hintergedanken belastet. Die Zwangsmassregeln wurden zwar auf dem flachen Lande aufgehoben, in der Stadt aber wird nach wie vor das Privatkapital und der Privathandel rücksichtslos verfolgt und verdrängt. Die Dorfmärkte waren zwar wieder eröffnet und die Bauern erhielten wieder das Recht, ihr Getreide „frei“ zu veräußern, aber die privaten Getreidehändler werden noch wie vor in ihrer Tätigkeit behindert und verfolgt — und so steht der Bauer auf dem Dorfmarkt dem monopolistischen Einkäufer, d. h. den Staatsorganen, machtlos gegenüber und ist nach wie vor gezwungen, sein Getreide den Staatsorganen zu Untertreibern zu entäußern. Drittens sind die Nachwirkungen des Linkskurses in der Industrie so unheilvoll, daß sie sich bis jetzt noch nicht erholen kann und eine tiefgreifende Krise durchmachen muß.

Rußland bleibt trotz aller Industrialisierungsversuche ein überwiegend agrarisches Land. Von dem Ausfall der Ernte hängt das gesamte Wirtschaftsleben und vor allem die Entwicklungsmöglichkeiten der Industrie ab.

Wie steht es mit der Ernte in diesem Jahre?

Nach den offiziellen statistischen Angaben am 1. August wird die neue Ernte für die ganze Sowjetunion mit 115,6 (die Mittelernie = 100), also als „über mittel“ geschätzt. Die Ernte der Wintergetreide ist um 8 bis 13 Proz. niedriger, die Sommergetreideernte ist um etwa 30 Proz. höher als im Vorjahre ausgefallen. Diese offiziellen Schätzungen dürften optimistisch sein. Das trifft insbesondere die technischen Kulturen wie z. B. Flachs.

Das Wichtigste aber ist die ungünstige geographische Verteilung der Ernte. Gerade in den Exportgebieten, wie die Ukraine und der Nordkaukasus, ist in diesem Jahre der Winterweizen verloren gegangen. Die Getreideausfuhr aus dem Ural- und Wolgagebiet und aus Sibirien ist viel schwieriger und teurer.

Die Getreidebereitstellung steht auch jetzt auf große Schwierigkeiten. Im Juli (dem ersten Monat der neuen Kampagne) wurden nur 91 500 Tonnen durch die Staatsorgane und die verstaatlichten Genossenschaften eingekauft — das ist zweieinhalbmal weniger als im Juli des vorigen Jahres. Im August wurden 523 833 Tonnen eingekauft. In beiden Monaten Juli und August wurden 36,92 Millionen Pud eingekauft, was nur die Hälfte des vorgesehenen Planes ausmacht.

Die Brotversorgung der Städte ist nach wie vor bedroht. Der Handelsminister Mikojan erklärte auf der jüngsten Getreidekonferenz der Sowjetunion, daß die Mähernte der Wintergetreide den Zusatz von Mais- und Gerstenmehl unentbehrlich mache.

Unter diesen Umständen kann auch in diesem Jahre von Getreideexporten kaum die Rede sein. Der fehlende Export von Getreide hat auch die Währung schlecht beeinflusst. Nach der „Pravda“ vom 26. August

muß der Wirtschaftsplan auch für 1928/29 beschliffen werden infolge des Ausbleibens des Getreideexports.

Zwar ist die Ausfuhr anderer Exportprodukte im Vergleich zum Vorjahre um 30 Proz. gestiegen, doch bedeutet das Ausbleiben des Getreideexports einen Verlust von 170 Millionen Rubel. (Getreideexport im vorigen Wirtschaftsjahr.)

Der Gesamtumsatz des Außenhandels für zehn Monate des Wirtschaftsjahres 1927/28 an der europäischen Grenze und für acht Monate an der asiatischen Grenze betrug 1356,1 Millionen Rubel gegen 1178 Millionen Rubel im Jahre 1926/27; dabei Export 606 Millionen Rubel gegen 627,7 im vorigen Jahre, Einfuhr 750,3 Millionen Rubel gegen 550,3. Die Handelsbilanz ist auf diese Weise mit 144,3 Millionen Rubel passiv.

Die Realisierung der neuen Ernte wird kaum ohne Zwangsmassnahmen möglich sein, da die Versorgung der Bauern mit Industriewaren nach wie vor problematisch ist. Im Zusammenhang mit der Erhöhung der staatlichen Getreidepreise um 10 bis 20 Kopelen pro Pud wird die Kaufkraft der Bauernschaft nach den offiziellen statistischen Angaben um 8,8 Proz. steigen, was die Steigerung der Nachfrage nach den Industriewaren ungefähr um 4,6 Proz. bedeuten wird. Ungeachtet der hohen Industriewarenpreise und der Untauglichkeit der Warenfortierung und Warenqualität für die Bauern ist auch die Produktion der Industriewaren in quantitativer Beziehung noch ungenügend. Auch die Sowjetpresse stellt fest, daß

nach dem Schacht-Prozess

die Industrieproduktion zerrüttet wurde, da die Arbeitsdisziplin ungenügend gelunken ist. Die Herstellungskosten sind in den letzten neun Monaten demgemäß nur um 5,3 Proz. statt der geplanten 6 Proz. gesunken, wobei auch diese Angaben von den Fachleuten noch bezweifelt werden. Die Gesamtproduktion der Industrie betrug im Mai d. J. 453 Millionen, im Juni aber nur 423,2 Millionen Vorjahresrubel.

Am Juli ist die Industrieproduktion wieder um 9,3 Proz. im Vergleich zum Juni gesunken. Dabei ist die Baumwollwarenproduktion mehr als um 25 Proz. und die Seidenwarenproduktion um 70 Proz. gesunken. Obgleich die Gesamtproduktion der Industrie in den ersten zehn Monaten des Wirtschaftsjahres 1927/28 nach den offiziellen Angaben um 22,2 Proz. gestiegen ist, erregt die fortschreitende Senkung der Produktion in den letzten Monaten eine große Beunruhigung in den nachgebenden Wirtschaftskreisen. Der Versuch, die Fabriken, besonders die Textilfabriken, auch im Sommer im vollen Gang zu erhalten, ist mißlungen. Und nicht nur, weil ein großer Teil der Arbeiter durch die Erntearbeiten abgezogen wurde, sondern auch weil in vielen Fabriken, besonders in den Seidenwebereien, ein großer Mangel an Rohstoff bestand. Die Einfuhr von Baumwolle ist durch die passive Handelsbilanz, d. h. durch den Ausfall des Getreideexports behindert.

Dieser Rohstoffmangel führt uns zur Landwirtschaftskrise zurück, die in großem Maße durch den Linkskurs verursacht wurde. Die neuesten Kontrollziffern des Wirtschaftsplans prophezeien die Steigerung der Gesamtproduktion der Landwirtschaft in den Jahren 1928/29 bis 1932/33 um 37,5 bzw. 44 Proz., gewiß unter der Voraussetzung, daß die Kapitalinvestitionen in der Landwirtschaft während diesem Fünfjahr 2 bis 3,2 Milliarden Rubel ausmachen werden. Nicht weniger als 150 000 neue Traktoren sind für

Spartassensorgen.

Eine Vorstandssitzung des Spartassen- und Giroverbandes.

Der Deutsche Spartassen- und Giroverband hat in diesem Jahre — dem „Jahre zur Sparsamkeit bei den wirtschaftlichen Verbänden“ folgend — auf eine große Tagung verzichtet und sich auf eine Vorstandstagung des Deutschen Spartassen- und Giroverbandes und seiner Mitgliedsverbände in Kassel beschränkt. Präsident Dr. Kleiner hat in seinem Tätigkeitsbericht sich über die Sorgen und Wünsche der Spartassen geäußert. Er bedauerte die sogenannten Spartassenkandale der letzten Zeit, die zu Unrecht der gesamten Spartassenorganisation angehängt und zum Ueberflus sensationell ausgebaut wurden. In allen Fällen habe es sich bisher um kleinere Organisationen gehandelt, in denen die an sich sehr wirksame Kontrolle manchmal noch nicht in erforderlicher Weise funktioniert. Rückhaltlose Aufdeckung der hier vorliegenden Schäden hält er für das zweckmäßigste, und er erwartet, daß durch die neue Musterprüfung die zulässigen Kreditgeschäfte so scharf festgelegt werden, daß Mißgriffe in der Kreditgewährung verhindert werden. Schuldige Personen müßten rücksichtslos bestraft werden.

Die letzten Ausführungen des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht und des Reichsbankdirektors Hülse gegen die Einrichtung neuer Girosysteme glaubt Dr. Kleiner nicht gegen die Spartassen gerichtet, sondern gegen die Bestrebungen nach der Schaffung neuer Girosysteme für die Genossenschaften und durch die Großbanken unter sich. Dr. Kleiner übersieht indes Erachtens dabei, daß Dr. Schacht in Köln ausdrücklich nur zwei Systeme genannt hat, die ihm zweifellos genehm sind, nämlich das Reichsbanksystem für den großen und das Postgiro für den kleinen Verkehr. In der Frage der Zentralisierung der öffentlichen Gelder verteidigte Dr. Kleiner energisch die Rechte des öffentlichen Bankensystems. Trotz Schacht, Curtius und der Stellungnahme des Bankierkongresses in Köln liege diese Zentralisierung nicht im Interesse der Wirtschaft. Man solle der natürlichen Entwicklung ihr Recht lassen; die öffentlichen Geldinstitute würden in der Verteidigung ihrer Ansprüche gegenüber der gemeinsamen Front des Reichswirtschaftsministers, Dr. Schachts und der Privatbanken im gesamtwirtschaftlichen Interesse nicht nachgeben.

Präsident Dr. Kleiner feierte das Wettbewerbabkommen vom Monat Mai dieses Jahres zwischen Spartassen und Privatbanken als einen Fortschritt. Ein solches Abkommen kann unter bestimmten Bedingungen, wenn wirklich unfaire Geschäftsmethoden getroffen werden, sein Gutes haben. Wir zweifeln aber

den Plan notwendig und um des für den Markt bestimmten Teil der Produktion in fünf Jahren um 73 bzw. 97 Proz. zu steigern, wie es der „Gosplan“ in seinen letzten Kontrollziffern beabsichtigt. Nach Berechnungen von Professor Williams sind ungeheure Summen dazu nötig, um die russische Landwirtschaft auf das Niveau der westeuropäischen zu heben. Woher aber wird die Sowjetregierung diese Milliarden holen, wenn sie nach wie vor die Politik der wirtschaftlichen Selbstblockade und der Verhinderung der Kapitalanhäufung auf dem flachen Lande mit aller Rücksichtslosigkeit verfolgt?

Vielleicht wird die augenblickliche Wirtschaftskrise in Sowjetrußland irgendwie überwunden werden. Die volle Gesundung der russischen Volkswirtschaft scheint aber auch nach der Schwelung Stalins wegen des grundsätzlich beibehaltenen Systems nicht denkbar. P. G.

sehr, ob der von den Spartassen jetzt zugestehende Verzicht auf öffentliche Bekanntgabe der Zinsfrage schon zu diesen Methoden gehört und ob die öffentlichen Banken durch diesen Verzicht nicht schon ein wesentliches, volkswirtschaftlich begründetes Werbemittel gegenüber den Privatbanken preisgeben. Die Spartassen müssen sich sehr hüten, das faktisch bestehende Kartell der Privatbanken, das in seiner Tendenz durch das Depotgesetz sogar ein zumwächstiges Monopol anstrebt, durch überflüssige Zugeständnisse, aus purer Höflichkeit — die auch Schwäche sein kann — zu stärken. Daß sich die Spartassen gegen überflüssige Neugründungen wehren, ist begreiflich, wobei festzustellen ist, daß in der Tat in den letzten Monaten spekulative Absichten sehr vielfach die Ursache von Neugründungen waren. Festzustellen ist, daß der Tätigkeitsbericht zwar die Spartassen der Konsumgenossenschaften und die Bank der Gewerkschaften nennt, daß aber nichts gegen sie gesagt wird. Wir würden es für richtiger halten, wenn die Spartassenorganisation nicht kleinlicher wäre, als Dr. Goldschmidt auf dem Kölner Bankierkongress, der die arbeitereigenen Spartassen und Banken mit der Begründung begrüßte, daß sie aus eigener Kraft und mit eigenen Mitteln geschaffen und infolgedessen als Faktoren in der Kredit- und Bankwirtschaft anzuerkennen seien. Diese Anerkennung ist an sich nicht notwendig, schafft aber doch klarere Verhältnisse. Die Kasseler Vorstandssitzung forderte im übrigen die Durchführung einer laufenden staatlichen Kontrolle der „privaten“ Sparanstalten, wobei man eine genaue Definition des Begriffs der privaten Spartassen fordern müßte.

Von besonderem Interesse war der Vortrag von Dr. Erich Welter („Frankfurter Zeitung“) über die „Wandlungen in der deutschen Kapitalbildung“. Welter schätzt die deutsche Kapitalbildung im Jahre 1927 auf rund neun Milliarden Mark, also noch mehr als die Reichsbankgesellschaft in ihrem letzten Halbjahresbericht. Ueber die Spar- und Konsumgenossenschaften nach der Stabilisierung, insbesondere über die Stärke des Dauerparens gegenüber dem Sparen für einen besonderen Ausgabezweck lasse sich heute noch nichts Endgültiges sagen. Bei den Spartassen hätten im Jahre 1927 die Abhebungen nur 68 Proz. gegenüber 82 Proz. in den sieben Vorjahresjahren betragen. In der Herkunft der Ersparnisse sei eine beträchtliche Verschiebung eingetreten, da mit dem Rückgang des Einkommens aus Kapitalrenten der Anteil des Arbeitseinkommens gewachsen sei.

Die Sphing der Konjunktur.

Wie sie das Institut für Konjunkturforschung deutet.

Das Institut für Konjunkturforschung hat in seinem zweiten diesjährigen Heft eine neue Charakterisierung der gegenwärtigen Wirtschaftslage versucht. Leider muß man sagen, daß beim besten Willen aus dieser Charakterisierung keine Erkenntniswerte für das, was ist, und für das, was wird, zu gewinnen sind. Das Institut stellt fest, daß der Tätigkeitsgrad der Wirtschaft, wenn man von Saisonmomenten absieht, sich weiter leicht abgeschwächt habe, und zwar verhältnismäßig am stärksten in den wichtigeren Verbrauchsgüterindustrien. Zwischen den Zellen wird angegeben, daß die Industrien für Produktionsmittel weiter gut beschäftigt sind; diese gute Beschäftigung stütze sich aber auf den erhöhten Auslandsabsatz. Die „an sich“ starken depressiven Kräfte hätten sich seit der Abchwächung der wirtschaftlichen Tätigkeit in diesem Frühjahr sogar etwas vermindert. Wenn auch in den nächsten Monaten mit einer saisonmäßigen Verstärkung des Geldmarktes zu rechnen sei, so mache die gegenwärtige Kredit- und Wirtschaftslage den Eintritt schärferer Rückschläge vorerst nicht wahrscheinlich.

Das Institut für Konjunkturforschung gibt hier in der Sache ziemlich deutlich zu, daß es sich in der ganzen Beurteilung der Wirtschaftsentwicklung seit dem vergangenen Winter in der Hauptsache getrennt hat. Bedauerlicherweise — darin bleibt das Institut sich konsequent — sagt es das nicht. Fast alle Momente, die es anführt, sprechen zum mindesten für die bis heute noch ungebrochene Beibehaltung einer ziemlich starken wirtschaftlichen Tätigkeit und einer relativ guten Konjunktur. Zu diesen Momenten gehört die reichliche Beschäftigung der Produktionsmittelindustrie, die relativ hohe Auftragserteilung und Rohstoffzufuhr, das noch immer nicht sinkende Preisniveau, die weitere Verringerung der Warenlager und ebenso auch die Erwartung der ganzen normalen saisonmäßigen Geldmarktspannung im Herbst, die nach einer starken Depression, wie das Institut sie vorausgesetzt hat, zweifellos sehr abgemildert sein sollte.

Wir stehen also vor der Tatsache, daß das Konjunkturinstitut seit über neun Monaten von einer starken konjunkturellen Depression spricht, daß man nirgends erkennen kann, wo die der Depression vorhergehende Krise — abgesehen von der normalen Abchwächung zur Jahreswende — gewesen ist und wie die jetzige immer noch gute, im ganzen sogar aufsteigende Beschäftigung zu erklären ist, die im Herbst sich noch weiter bessern wird. Die wirtschaftliche Entwicklung hat also wieder einmal zu den Diagnosen und Voraussagen nicht gepaßt, die das Institut gemacht hat.

Wenn man die Dinge nüchtern betrachtet, so gibt es kaum andere als politische Faktoren, nicht aber eigentlich konjunkturelle, die seit dem vorigen Herbst die aufsteigende Konjunktur beeinflusst haben. Des Spannungszustände, von denen immer die Rede war, waren entweder saisonmäßig — dann waren es keine Spannungszustände — oder politisch verursacht — dann waren es keine konjunkturellen. Es macht ganz den Eindruck, als

ob die Politik der Beratungskasse, die politischen Eisenpreis- und Kohlenpreiserhöhungen und schließlich auch die Tarifserhöhung der Reichsbahn die hauptsächlichsten Momente waren, die zu einer Einbeulung der Konjunkturentwicklung bzw. zur Abwendung der Konjunkturböle geführt haben. Von allen diesen Dingen weiß allerdings das Institut, das sich auf sein Marktbarometer stützt, weiterhin sein geliebtes Konjunkturschema und das aus irgendwelchen Gründen von den politischen Einflussfaktoren nicht gerne spricht, nichts zu sagen.

Wir wollen uns heute mit der Feststellung des Bedauerns begnügen, daß die Dinge leider so sind, wie sie sind. Konjunkturtheoretisch wollen wir nur noch unsere alte These unterstreichen, daß wir glauben, das Konjunkturinstitut liegt mit seiner Grundanschauung und seinen Beobachtungsmethoden (siehe), weil es die Konjunkturabläufe in einer Wiederaufbauperiode der Wirtschaft als normale Vorgänge betrachtet. Das normale Konjunkturschema der Vorkriegszeit anzunehmen, geht eben in einer vollständig anomalen Wiederaufbauperiode, die ihre eigenen Gesetze hat, nicht an. Das wird auch jetzt wieder bestätigt.

Gegen das Seefisch-Monopol. Gegen die drohende Monopolisierung der Hochseefischerei, über die wir kürzlich berichteten, wird vom Seefischhandel und der Seefischindustrie bereits Front gemacht. So hat eine Vertreterversammlung von etwa 75 Seefischhändlern- und Fischindustriestellen in Wesermünde beschlossen, die Gründung einer gemeinnützigen Genossenschaft vorzubereiten, die eine eigene Fischdampfer-Flotte schaffen soll. Außerdem sollen für den Absatz der eigenen Fänge von der Genossenschaft Fischläden eingerichtet werden. Die Flotte soll verpflichtet werden, ihre Fänge nur auf dem Wesermünder Markt abzusetzen. Sollte dieser Plan aus Rentabilitätsgründen nicht durchführbar sein, so ist ein genehmigungspflichtiger Zusammenschluß für gemeinsamen Auktionsverkauf vorgesehen.

Neue Pfandbriefe zur Finanzierung des Wohnungsbaues. Die Preussische Landespfandbriefanstalt, die nach ihrer Satzung Darlehen zur Herstellung und Erhaltung von Klein- und Mietswohnungen im Gebiete des preussischen Staates gewährt, wird in der Zeit vom 20. September bis 10. Oktober dieses Jahres nach einer Veröffentlichung im Anzeigenteil 3 Millionen Goldmark 3prozentige Goldmarkpfandbriefe zum Vorzugszins von 67,50 Proz. (letzte Borsenszins 98,25 Proz.) und 1 Million Goldmark 7prozentige Goldmarkpfandbriefe zum Vorzugszins von 90 Proz. (letzte Borsenszins 91 Proz.) zur öffentlichen Zeichnung ausgeben. Sämtliche Werte sind reichsmünzelsicher.

Warum Hugo Stinnes keine Kemter niederlegte, verrät jetzt eine amerikanische Korrespondenz. Die 25-Millionen-Dollarschulde der amerikanischen Hugo-Stinnes-Corporation hatte damals auf der New Yorker Börse durch die Affäre mit dem Anleihenwandel im Laufe eines Monats den für New York beispiellosen Verlust von 5 Proz. zu verzeichnen. Ihr Kurs ist vom 17. August bis zum 14. September von 93,50 auf 88,50 Proz. gefallen. Darauf hat man die Niederlegung der Kemter von Stinnes verlangt. Hugo Stinnes ist also in der Person der amerikanischen Kapitalisten ein zweiter — privater — Staatsanwalt erwachsen, der zwar keine Untersuchungsbehörde veranlaßt, dafür aber die Aufsichtsrats- und Vorstandssämter kassiert. Schade, die Niederlegung der Kemter durch Hugo Stinnes sah so freiwillig und nobel aus.

Strafentampf.

Von Walter G. Oschilewsk.

Wir waren eine häßlich verkommene Bande, wir Jungens aus der Badstraße, eine wildhüftige Kamerade gegen die Trägheit, immer sprungbereit, in ein Abenteuer zu stürzen, kopflübel und rüchlings, mit einem frechen Pfiff zwischen den Zähnen. Gleichaltrig, kurzbehaft, dreißig vom Schopshaar bis unter den Fußschalen, vollgepumpt mit jirta drei Liter springlebendigen Blutes, ein wenig angebraten vom Feuer der Jugend: das waren wir, der Schreck der Straße, die unsere Prarie war, Raubritter wir, gerbeut und flint wie die Feldhosen. Alle waren gegen uns: die Schulmeister, die Heulgören, der Herr Pfarrer, die Gemeindefürsorge, die Hebamme, Vater und Mutter, und wir waren in manchen Stunden fast vereinsamt in den Spielen unserer Kindheit, hatten wir doch oft nur die erbärmliche Schimpferei der übelwollenden stocktotten Anwohner auf dem Rücken. Aber pahl! Da fiel alles glatt hinunter.

Der kleine, dicke Baldinger, ein struppiger Bär und gerissen wie ein Laubende, wohnte Nr. 7, also Badstraße 7; Böhm, dem die feste Kellerei der Straße schon einmal die Nase zerfetzte, die nun ganz besonders schön aussah, Nr. 18; der pokernarbtige Hannes Bäumling Nr. 61 und ich, kein geringerer Dreibeutel, Nr. 26. Wir vier Mann hoch bildeten die Elite der Gesellschaft, sozusagen die geistige Oberschicht, mit der es, was das Geistige anbelangt, nicht allzuweit her war. Der dicke Baldinger war trotz seiner körperlichen Aufgeblasstheit der gewiegteste von uns allen; das wurde aufrichtigermaßen anerkannt, und war unser Anführer.

Camp, das war unsere geheime, sorgsam behütete Versammlungsstätte, ein durch eine alte Stalllaternen dürrig erleuchtetes Kellerloch in Nr. 7, das wir mit Zeitungspapier tapeziert zu einer eingeräumten Hühnerkiste, wenn auch etwas modrigen Hude, hergerichtet hatten, wenn auch die Bezeichnung Camp für diese unterirdische Kiste natürlich ein ganz gehöriger Witz war. Hier wurde nun mit viel Temperament und schlechtem Tabak phantasiert, daß die hanelbüchernen Träumereien des edlen Don Quixote ein Dreß dagegen waren, manche mühselig erworbene Schutzweiser in Grund und Boden gerastet, Dummheiten ausgekostet, Kriegserklärungen entworfen, geschworen, gestärkt, tätowiert und die Friedenspfeife geraucht; Himmel, was weiß ich nicht noch alles!

Es waren wilde Jahre, gerade die schlimmsten für uns, als das Blut in den Adern leis zu tanzen begann und uns die zart andeutende Brust eines gleichaltrigen Mädchens wirr und schielend machte, und ein dumpfer Druck sich wie ein Steinmeißel gegen die Schläfen presste. Da war es gut, daß wir Bewegung hatten, in den wenigen freien Stunden, und uns müde toben und raufen konnten.

Die gleichaltrigen Kerls aus der benachbarten Hanfstraße, kurz „Hänflinge“ genannt, das waren für uns, rundweg herausgelagt, ausgemachte Schweinehunde. Daß Böhm eines schönen Tages der Gemüthlicheren Schmirbe eine Handvoll Kirchen aus dem Korb grabste, und die dann in selbstverständlicher Solidität mit uns teilte, verpehten diese Brüder, und das Ende von der Geschichte war, daß wir alle vier abgefaßt und vom Mann der Schmirbe, der sich noch zu diesem beabsichtigten Zweck zwei handfeste Bürsten dazu gemietet hatte, kämmerlich verprügelt wurden. Aber das war noch nicht das Ärgste, was uns passieren konnte. Wir sahen wohl etwas blau und dikangeläusen um die hintere Körperpartie aus, aber das schimpfte schon wieder zusammen. Und die „Hänflinge“ konnten sich auch auf etwas gefaßt machen. Wir waren nur noch nicht so weit, denn vier Mann können doch bei Gott nichts gegen so eine Korona ausrichten, aber wie gesagt, das Sündenregister der „Hänflinge“ sollte noch um eine weitere und größere Schandtat vermehrt werden. Denn schlimmer war es schon, als sie eines Nachts heimlich auf unsere Hude rückten und alles, was nicht hieb- und nagelfest war, demolierten, ausplünderten, und unser Heiligtum dann so volllauten, daß wir uns, als wir am anderen Morgen, an einem schulfreien Tag, zornbevend die Bescherung sahen, die Rufe zuhalten mußten. Das war nun hinreichender Grund genug, jegliche Beziehungen, auch die loselsten, zu dieser Schmutzbande abzubrechen, was wir auch getan haben. Der Lokalpatriotismus unserer Straße schlug Flammen, denn die so friedfertige Politik unseres Bundes sowie die Ehre jedes einzelnen von uns, wurde in der schamvollsten Weise besudelt und unsere Gefühle auf das größte verletzt. Die Erregung war echt, das kann niemand bestreiten. Wir trommelten schleunigst unsere Jungens aus der Badstraße zusammen, mit Radau begann der Kriegsrat und die Sitzung endete in heroischer Entschlossenheit. So, nun waren wir etwa 18 Mann, wenn wir die fünfzehnjährigen Heulpieper, die wir ansonsten nicht für voll nahmen, die sich aber nun einmal für unsere gerechte Sache entschieden hatten, mit dazu rechneten, und nun war die Sache klar, und wir konnten am dreißigsten September mit allem zeremoniellen Aufwand aufgezogen, die Kriegserklärung feierlich loslassen. Diese Kampferklärung wurde auch schriftlich fixiert, und ich habe noch heute die Ehre, Autor dieses für uns so historischen Schriftstückes aus unserer Knabenzeit zu sein. Das Ding, bar jeder Kenntnis der diplomatischen Verkehrsordnung, sah etwa so aus:

Kriegserklärung!!!

An die Schweinehunde aus der Hanfstraße

Ihr habt uns am vorigen Donnerstag verpeht, von wegen der Kirchenkawerel. Das ist gemein von euch gewesen. Ihr habt auch unsere Hude kaputt geschlagen und sie vollgesch...
Darauf steht Krieg!!! Dreß und Feuer über euch!

Die Raubritter aus der Badstraße.
Baldinger, Hauptmann.

Hebet das „Dreß und Feuer über euch“, bin ich auch noch heute ein wenig stolz. Das klang gut, begeisterte uns und war auch ganz richtig. Der lange Böhm mit der verhunzten Nase wurde zum Kurier bestimmt, mußte solchen Zeichens ein Taschenbuch um den Kopf binden und die schicksalsgeladene Bannbulle in die Hanfstraße bringen. Drüben, bei den feindlichen Heerscharen, wurde er mit Hallohl empfangen; die mußten ja, was los war. Böhm konnte sich vorerst gar nicht seines gewichtigen Auftrages erwidern. Er wurde hin- und hergeschubst dann endlich wurde auch der Wortlaut unserer Kriegserklärung in weiteren Kreisen des Volkes der Hanfstraße bekannt. Der wildberne Priemeißel, aus der Oberklasse, der gefährdete Häuptling der „Hänflinge“, rief auf eine Leiter und so über den Köpfen seiner Bande turnend, verlor er unter Gebrüll der Zuhörer unsere Kampfanlage. Daran schloß sich eine trompetende, durch blässigen Hohn außerordentlich inter-

Die tragische Maste des Kokofos.

Von Egon Friedell.

Der Puder des Kokofos war so wenig wie die Allonge der Barocke eine Modetendenz, sondern dessen bereitetes Symbol. Im Kokofos galt der Mann, wenn er das vierzigste Jahr überschritten hatte, für ausgelebt, die Frau noch viel früher; man heiratete auch viel zeitiger als heutzutage: die Mädchen oft mit 14 oder 15 Jahren, die Jünglinge mit 20. Voltaire nennt sich von seinem 45. Lebensjahre an in seinen Briefen einen Greis; seine Freundin Frau von Châtelet empfand sich als unmögliche Figur, als sie noch mit 40 Jahren ein Kind erwartete. Es sind dies Rastfälle, die großen Wandlungen unterworfen, aber stets im Zeitgeist tief begründet sind. Noch zu Ende des vorigen Jahrhunderts war eine Frau mit 30 Jahren Ballmutter, heute geht sie mit 50 in die Tanzschule; in den französischen Sittenstücken der 80er Jahre war der Käseur, der das Leben und die Liebe mit den Augen des resignierten Zuschauers betrachtete, selten älter als 40, in den heutigen Filmen wird der gewissenlose Verführer mit Vorliebe als 50er dargestellt. Das Kokofos fühlte sich alt, und zugleich war es von der verweirten Sehnsucht des Alters erfüllt, die entschwindende Jugend festzuhalten; darum vernachlässigte es die Altersunterschiede durch das gleichmäßig graue Haar. Das Kokofos fühlte sich krank und anämisch, darum mußte der Puder die Blässe und Bleichsücht gleichsam zur Uniform machen. Das junge oder jung geschminkte Gesicht mit dem weißen Kopf ist ein erschütterndes Sinnbild der Kokofosee, die tragische Maste jener Zeit, denn jede Zeit trägt eine bestimmte Charaktermaste.

Man liebt auf Denkmälern die komische Sitte, dem Bewegten einen Gegenstand in die Hand zu drücken, der seine Tätigkeit charakterisieren soll; dem Dichter eine Papierrolle, dem Erfinder ein Rad, dem Seehelden ein Fernrohr. In analoger Weise könnte man auch für jede Kulturperiode ein bestimmtes Utensil als besonders repräsentativ ansehen; so müßte man sich z. B. den Menschen der andringenden Neuzeit mit einem Kompaß vorstellen, den Barockmenschen mit einem Mikroskop, den Menschen des 19. Jahrhunderts mit einer Telephonmuschel, den Kokofomenschen aber mit einem Spiegel. Er begleitete die damalige Gesellschaft durchs ganze Leben. Die Repräsentationsräume füllten sich mit mannsgehohen venezianischen Tafeln, die dem Besucher sein volles Porträt entgegenwarfen; an einer Menge täglicher Gebrauchsgegenstände waren kleine Taschenspiegel angebracht; von allen Wänden glänzten, durch reiche Kronleuchter und eine Fülle kleinerer Lüster unterstügt, Spiegelgläser in allen Größen und Formen; sogar ganze Zimmer waren mit ihnen ausgestattet, die ungemein beliebten Spiegelkabinette, die das Bild des Besuchers ins Unendliche vervielfachten. Aus dieser Spiegelobsession spricht mancherlei. Nicht bloß, was am nächsten liegt, Eitelkeit, Eigenliebe, Narzissmus, sondern auch Freude an Selbstschau, Autoanalyse und Verankerung ins Ichproblem, die sich in der Tat oft bis zu einer wahren Introspektionsmanie steigerte. Das Kokofos ist das andringende Zeitalter der klassischen Brief- und Memoirliteratur, der Selbstdarstellungen und großen Konfessionen der Psychologie. Diese neue Wissenschaft ist eine Errungenschaft des 18. Jahrhunderts. Und noch ein zweites symbolisiert der Spiegel des Kokofos-

menschen: die Liebe zum Schein, zur Illusion, zur bunten Außenhülle der Dinge, was aber nicht so sehr „Oberflächlichkeit“, als vielmehr extremes Künstertum, raffinierte Artifizier bedeutet. „Am farbigen Abglanz haben wir das Leben“, lautet die Devise Fausts, die, wenn wir Nietzsche glauben dürfen, auch das Leitmotiv der griechischen Kultur war: „Oh diese Griechen! Sie verstanden sich darauf zu leben: dazu tut not, tapfer bei der Oberfläche, der Falte, der Haut stehen zu bleiben, den Schein anzubeten... Diese Griechen waren oberflächlich — aus Tief!“

Es gibt eine Berufsklasse, für die der Spiegel ein ebenso unentbehrliches Instrument bedeutet wie die Retorte für den Chemiker oder die Tafel für den Schullehrer: es sind die Schauspieler. Und damit kommen wir zum innersten Kern des Kokofos: es war eine Welt des Theaters. Niemals vorher oder nachher hat es eine solche Passion für geistreiche Maskerade, schöne Täuschung, schillernde Komödie gegeben, wie im Kokofos. Nicht nur war das Dasein selber ein immerwährender Karnaval mit Verlarung, Intrige und tausend stimmernden Scherzen und Heimlichkeiten, sondern die Bühne war ein so dominierender Faktor im täglichen Leben, wie etwa im klassischen Altertum die Rednertribüne oder heutzutage der Sportplatz. Überall gab es Amateurtheater, bei Hofe und im Dorfe, auf den Schlössern und in den Bürgerhäusern, an den Universitäten und in der Kinderstube. Und fast alle spielten ausgezeichnet. In dieser Theaterleidenschaft zeigt sich am stärksten und deutlichsten, was der tiefste Wille des Zeitalters war: die Sehnsucht nach echter Enthüllung der eigenen Seele. Man hat die Schauspielkunst nicht selten als eine Art „Prostitution“ bezeichnet und mit Recht. Hierin liegt aber der Hauptgrund, warum das Theater auf so viele Menschen eine unwiderstehliche Anziehungskraft ausübt. Die „Prostitution“ ist nämlich ein ungeheurer Reiz. Der Mensch hat einen tiefen, eingeborenen Hang, sich zu prostituieren, aufzudecken, nackt zu zeigen, nur kann er ihn fast nie befriedigen. Dies war schon die Wurzel der uralten Dionysuskulte, bei denen die Männer und Frauen sich im Kaufe die Kleider vom Leibe rissen, was aber die Griechen nicht als schamlose Orgie, sondern als „heilige Raserei“ bezeichneten. Übertragen wir dies ins Psychologische, so stoßen wir auf den merkwürdig suggestiven Hautgout, den aller Zynismus an sich hat. Im täglichen Leben wird dem Menschen durch Staat und Gesellschaft die Aufgabe gestellt, möglichst geschickt nicht er selber zu sein, sondern immer Hülsen, Draperien, Schleiher zu tragen. Immer ist der Borhang unten, nur einmal ist er oben: eben im Theater. Gerade dort also, wo sich nach der falschen Ansicht des Volkes der Herrschaftsbereich der Maste, Verkleidung und Verstellung befindet, springt der Mensch unvermummt, echter, ungeschminkt heroor als sonst irgendwo. Dies ist der wahre Sinn der „Prostitution“, die das Wesen der Schauspielkunst ausmacht; das Seelenoffener fällt, das Geheimste wird Manifest, das innerste Wesen wird entlarvt, es muß heraus, ob der Träger des Geheimnisses will oder nicht. Das Theater ist eben mehr, als die meisten glauben; seine bunte Oberfläche, kein bloßes Theater, sondern etwas Entsetzliches und Erlösendes, etwas schließlich Magisches in unserem Dasein.

punktierter Brandrede, daß dem Böhm etwas trübselig ums Herz wurde, und er sich in unsere Nähe wünschte. Es kamen sehr saure Worte darin vor, die einen, wenn man nicht mit der Hölle beheimatet ist, schon ängstlich machen können. Nachdem unter lautem, begeisterten Beifall seiner Anhänger Priemeißel geendet hatte, spielte er mit außerordentlicher Energie und mit einer beispiellosen Geschicklichkeit, die unsereinen neidisch machen konnte, in die Richtung unserer Badstraße, und sprang dann dröhnend auf die Erde. „Da kommt unser dicke Baldinger doch nicht mit“, dachte wohl Böhm bei sich. Der mag vielleicht gerissener sein, ja, aber reden konnte er nicht so wie der Priemeißel, der auch die Schloßmüchigen zur prallen Explosion aufpfeifste, und das ist doch viel wert, sagte er sich. (Schluß folgt.)

Norddeutsche Weine.

Von Ernst Edgar Reimerdes.

Den Kenner mag unwillkürlich ein leises Grauen überkommen, wenn er von norddeutschen Weinen hört. Und doch sind selbst die Erzeugnisse der Mark Brandenburg, die natürlich niemals Edelgewächse waren, einst viel getrunken worden, obwohl es später gab, die nichts Gutes daran saßen, wie der Verfasser des lateinischen Verses „Vinum de Marchia terra — Transit guttur sicut serra“ (Märkischer Erde Weintröge — Geh'n durch die Rehle gleich einer Säge). Die Haupterzeugnisse der Mark befanden sich bei Berlin, Kölln a. d. Spree, Potsdam, Boestow, Frankfurt a. d. O., Drossen, Krossen, Sternberg und in der Niederlausitz. Beliebt war vor allem der Werdersche Wein, der viel nach Hamburg verkauft wurde. Zum erstenmal wird der märkische Weinbau in einer 1173 vom Bischof Siegfried von Brandenburg, dem Sohn Albrechts des Bären, ausgestellten Urkunde erwähnt, in welcher er dem Domkapitel dessen Güter bestätigt, zu denen u. a. die von den aus dem Rheinland herbeizugewandenen Kolonisten angelegten Weinberge gehören.

Im 12. Jahrhundert brachte Otto von Bamberg den Wein nach Pommern, ja sogar zu derselben Zeit wurden in vielen Orten Norddeutschlands, ja sogar in Königsberg und Lissa, Reben angepflanzt. Weichselwein gab es jedoch nur kurze Zeit, da der strenge Winter von 1437 sämtliche Weinberge bei Kulm, Merow, Thorn usw. vernichtete. — Die Blütezeit des märkischen Weinbaus begann im 13. Jahrhundert, sie erreichte ihren Höhepunkt unter Johann Georg und unter dem Großen Kurfürsten. Damals gediehen bei Berlin Gewächse, welche sogar bei kältesten Besuchen den Charentunk liefern mußten. 1565 hatte Berlin 74 Weinberge und Weinärten, Kölln a. d. Spree 22; eine recht stattliche Zahl. Bei Hofe wurde hauptsächlich Wein aus den kurfürstlichen Weinbergen getrunken; Johann Georg trank morgens und abends nach dem Rezept seines Leibarztes Thurneysler mit Kräutern vermischten märkischen Wein. Der Große Kurfürst legte außer bei Berlin in der Nähe Potsdams neue Weinberge an, wofür er die Trauben aus Stalien und Frankreich bezog. Obwohl im strengen Winter auf 1740 die Reben viel- fach bis auf die Wurzeln erfroren und Friedrich II. dem Weinbau keineswegs wohlgestimmt war, verjüngte man auch in späterer Zeit in der Mark die Anpflanzung neuer Weinberge. Um 1782 benutzte man dort 23 000 Morgen Land zum Weinbau, der jährlich 1970 Faß zu je 200 Quart im Gesamtwert von 28 000 Talern einbrachte. Berlin besaß damals nur noch ein Weingelände von 9 Morgen mit einem Ertrage von 36 Faß im Wert von 400 Talern. Erst nachdem 1814

eine Nebenkrankheit ungeheuren Schaden angerichtet hatte, gab man den Weinbau allmählich auf.

Zu den bekanntesten Weinen Norddeutschlands gehören von jeher die Erzeugnisse des Soale- und Unstrut-Tales. Auf den Raum-burger Wein hatte es Johannes Trojan, der Dichter und Weinkenner, besonders abgesehen, er widmete ihm die „finnigen“ Verse: „Wenn du ihn schürst in dich hinein, — Ist dir's, als ob ein Stachelschwein — Dir tröcke durch deine Kehle“ usw. In der Gegend von Dresden, Weissen und Pirna wird ebenfalls immer noch Wein gekeltert. Häufiger jedoch hört man von Grünberger, den Später gern mit Namen wie „Lacrimae Petri“ (und er ging hinaus und weinte bitterlich), „Nacktpuder“ usw. belegen. Er ist jedoch entschieden besser als sein Ruf. Infolge der eigenartigen geologischen Verhältnisse gedeiht in jener Gegend in guten Jahren ein gar nicht so blöser Tropfen. Die frühesten Nachrichten über den schlesischen Weinbau stammen angeblich aus dem 13. Jahrhundert; 1850 wurde in Grünberg das 700jährige Jubiläum des Weinbaus gefeiert, es ist jedoch keineswegs einwandfrei nachzuweisen, daß der Weinbau Schlesiens wirklich auf ein so hohes Alter zurückzuführen kann. Neben dem Grünberger Wein darf schließlich das Produkt von Bombst nicht vergessen werden, dem nördlichsten Punkt der ganzen Erde, an dem noch Wein erzeugt wird. Dem Bombstler ist es fast noch schärfer ergangen, als dem benachbarten Grünberger; auch ihn hat Trojan in köstlichen Versen besungen.

Drachloser Arzt. In Australien leben im sogenannten „Hinterland“ viele Siedler, von aller Welt ziemlich abgeschlossen. In Krankheitsfällen war es bisher oft nicht möglich, ärztliche Hilfe so rechtzeitig herbeizuholen, daß der Kranke am Leben erhalten werden konnte. Nunmehr ist der Presbyterianischen Inlandmission die Erlaubnis zum Betriebe sieben kleinerer Sender- und Empfangsstationen gegeben. Durch eine dieser Stationen kann zu jeder Zeit ein Arzt herbeigerufen werden, der sich zum Besuche seiner Kunden kleiner Flugzeuge bedient, die einen Aktionsradius von etwa 800 Kilometer haben. Dieser ist vollkommen ausreichend, da die Siedler in den wenigsten Fällen weiter als 300 Kilometer von der nächsten Station entfernt wohnen. Die Durchschnittsgeschwindigkeit der Flugzeuge beträgt 130 bis 150 Kilometer in der Stunde.

Was dem Kanadier und Amerikaner die schädlichen Insekten kosten, wird manchmal Bester geradezu ungeheuerlich erscheinen, wenn er die statistischen Angaben liest, die H. v. Bengert in der Zeitschrift für angewandte Entomologie veröffentlicht hat. Danach beträgt der jährliche Verlust durch Insektenverstörungen in Kanada über 1 121 177 100 Dollar. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika sogar 2 Milliarden Dollar. Der jährliche Verlust, der durch Insekten allein an Feldfrüchten in Kanada verursacht wird, entspricht nach Hewitt, in Weizen umgerechnet, einer Weizenmenge, die den jährlichen Bedarf der ganzen kanadischen Bevölkerung decken könnte. In bezug auf die Vereinigten Staaten äußert sich der Insektenentomologe Howard dahin, daß der jährliche Schaden durch Insektenverstörungen dem Wert der Arbeitsleistung von 1 000 000 Mannern entspricht. Die größten Verluste werden in Kanada durch eingeflüppte Arten hervorgerufen; so geht der Schaden, den allein die Schwammspinne und Goldfalter in Ostkanada hervorrufen, in die Millionen Dollar, und unsere kleine Heuschrecke schädigte 1900 den Weizenanbau in den Vereinigten Staaten um 100 000 000 Dollar. Unsere Obstmaden mindert jährlich den Obstertrog in Kanada um 2 000 000 Dollar und in den Vereinigten Staaten um 12 000 000 Dollar. Für ihre Bekämpfung werden in den Vereinigten Staaten jährlich allein 4 000 000 Dollar ausgegeben.



Preussische Landespfandbriefanstalt

Spezialanstalt des öffentlichen Rechts
Mohrenstraße 7-8 Berlin W 8 Fernspr.: Zentrum 8083-87
Grundkapital und offene Reserven über 26 Millionen RM.

Zeichnungs-Einladung

Wir legen hiermit in der Zeit vom 20. September bis 10. Oktober 1928 zur Zeichnung auf reichsmündelsichere

RM 3000000.- 8%ige Goldmt.-Pfandbriefe, Reihe XIII
zum Vorzugskurse von 97,50% (letzter Börsenkurs 98,25%)
Gesamtläubigung bis zum 2. Januar 1934 ausgeschlossen.

RM 1000000.- 7%ige Goldmt.-Pfandbriefe, Reihe X
zum Vorzugskurse von 90% (letzter Börsenkurs 91%)
Gesamtläubigung bis zum 1. April 1933 ausgeschlossen.

und stellen bis zur ersten amtlichen Notiz zum Verkauf:
reichsmündelsichere
8%ige Goldmarkt-Kommunal-Obligationen, Reihe XIV
zum Vorzugskurse von 95,25% (Einführungskurs voraussichtlich 95,70%)
Gesamtläubigung bis zum 2. Januar 1934 ausgeschlossen.

Stauscheine der Reihen XIII und XIV am 2. Januar und 1. Juli, der Reihe X am 1. April und 1. Oktober fällig.
Stücke zu RM 100.—, 200.—, 500.—, 1000.— und 5000.—

Zeichnungen nehmen alle Banken, Postämter, Spar- und Girostellen und die Anstalt direkt entgegen.
Kaufverträge, Prospekte und Zeichnungsscheine sind bei diesen Stellen erhältlich.
Folge der Zuteilung und früherer Zeichnungsschluss bleibt vorbehalten.

Theater Lichtspiele
u. v.

Volksbühne
Theater am Südwinkel
8 Uhr:
Der lebende Leichnam

Deutsches Theater
Norden 12 310
8 U. Ende nach 10 1/2
Zum 108. Male:
Artisten
Regie Max Reinhardt

Die Komödie
Bismarck 2414/2514
8 1/2 U. Ende nach 11
Eltern und Kinder
Komödie
von Bernard Shaw

Kammerspiele
Norden 12 310
8 1/2 U. Ende nach 10
Oktoberfest
Schauspiel von
Georg Kaiser

Berliner Theater
Direkt. Heinz Herald
Charlottenstraße 90
Dönhof 170
8 Uhr
Der lebende Leichnam
Regie: Max Reinhardt
Ende nach 10 1/2 Uhr

HALLER-REVUE!
„Schön und schön“
Th. in Admiralsplatz
Täglich
8 1/2 Uhr.

Haus Vaterland

BETRIEB KEMPINSKI
AN DEN WOCHENTAGEN:
VON 11 30 UHR BIS 3 UHR
EINTRITT UND GARDEROBE
FREI.

Quick Lunch

SCHNELLBEDienung BEI FRISCHER
ZUBEREITUNG DER SPEISEN
MENÜ VORSCHLÄGE
OFFENE WEINE
ECHTE BIERE
*
IM PALMENZAAL
VON 3 30 UHR BIS 6 30 UHR
EINTRITT UND GARDEROBE
FREI.
TANZ-TEE
MIT VORFÜHRUNGEN
GEDECK: R.M. 2.25
*



Ein unentbehrliches Nahrungsmittel
aus edelsten Erzeugnissen der Natur,
das den verwöhntesten Ansprüchen
gerecht wird, ist die neue Marke
„Alma, die Margarine für Alle“.
Sie wird grundsätzlich ohne Zugaben
verkauft. Dafür erhält die Hausfrau
den vollen Wert des gezahlten Preises
in der Qualität der Ware.
Das Pfund kostet nur 85 Pfennig.

ALMA DIE MARGARINE FÜR ALLE

Emil Jannings's

Sein Letzter Befehl

Ein Paramount-Film der Paramount
Manuskript: Ludwig Biro
Regie: Josef von Sternberg
(Regisseur von „Unterwelt“)
Schmidt-Gentner dirigiert

UFA-PALAST AM ZOO
Vorverkauf 12 - 2 Uhr im Ufa-Palast und bei A. Wertheim



Die Technische Stadt Jahresschau Dresden

Mai - Oktober
Trianon-Th.
8 1/2 Uhr
Sybille? ...
Ausgeschlossen!
Original Inszenierung der Trianon Rundfunkhörer halbe Preise

Wallner-Th.
Wallner-Theater Str.-Strasse
Täglich 8 1/2 Uhr
Skandal im Bett
Uraufführung in 3 Akten mit
„Die Schindler-Liste“
Juppelsteiner - am Sonntag
Vorverkauf nach Sonntag 4 Uhr
Parkett 4. — nur 1 M.

San.-Rat Dr. Ernst R. W. Frank
Urologe
Von der Reise zurück
Dr. S. Buttonwieser
Facharzt für Kinderkrankheiten
Kloppstockstr. 22. Moabit 720.
Sprechstunden: Frankfurter Allee 240.

Renaissance-Theater
8 1/2 Uhr Letzte Aufführungen 8 1/2 Uhr
Krankheit der Jugend
v. Ferd. Bruckner, Regie Gust. Hartung
Donnerstag, 20. Sept. 7 1/2 Uhr Uraufführung
Von In des Tüpfers Hand
Tragödie einer Familie v. Theodore Dreiser. — Regie: Gust. Hartung.

Reichshallen-Theater
Abends 8 Sonnt. nachm. 3
Sächsischer Sänger
„Traumbilder“
Lebende Lieder v. Meyzel
Nachm. halbe Preise, volles Prog.
Dönhof-Br. 11
TANZ, dressiert, hären!

Italia-Theater
rosener Str. 72-1
Täglich 8 Uhr
Schneider Wibbels
Auferstehung

Winter Garten
Varieté- und Revue-
Sensationen
Tägl. 8 Uhr
Rauchen gestattet

Rose-Theater
Gr. Frankfurter Str. 1137
8 1/2 Uhr
Pach-Schulz
„Trixie“
Lustspielhaus
Heute 8 1/2 Uhr
Lustiges Theater, komi-
schiller, lustig, witzig,
Harry Herdt

Planetarium am Zoo
8 1/2 Uhr
Der Sternbimmel
im Herbst
15 Uhr
Erde und Weltraum.
20 Uhr
Der Einfluss d. Gestirne
(Volksglaube und
Wissenschaft)

Mittwoch, d. 19.9.
Staats-Spor
Unter d. Linden
A.-V. 85
19 1/2 Uhr
Cavalleria rusticana
Bofazzi

Mittwoch, d. 19.9.
Städtische Oper
Bismarckstr.
Turnus II
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Theater des Westens
Täglich 8 1/2 Uhr
„Prinzesschen“
Jazz-Vaudeville
von Rudolf Nelson
Milowitsch,
Heldmann, Matzner
Hoffmann, Slezak
Rundfunkhörer
halbe Preise

Komische Oper
8 1/2, Allabendlich 8 1/2
James Klein's
Revue-Sensationsstück
Donnerwetter ..
1000 Frauen!!
Die große Revue der
„Freien Liebe“
(in 42 zusammenhängenden Bildern)
Hundert Mitwirkende!
Parkett nur M. 4.50, Rang M. 3.50
Vorverkauf ab 1 Uhr amtelektron.

SCALA
8 Uhr 8 1/2
Raquel Meller, die Duse d. Chansons;
Noni & Horacio, mus. Unmöglichkeit;
Raffayette mit seinen Radlöhndern;
Marrone u. La Costa sowie Carlita
u. Galia, amerikan. Tanzpaare und
welt. auseries. Varieté-Attraktionen

Staatl. Schiller-Theater, Charlitzb.
20 Uhr
GAS

Saltzburger-Bühnen
Dis. Künstler-Th.
8 1/2 Uhr
Fräulein Mama
Operette von
Hugo Hirsch

1 1/2 Uhr CASINO-THEATER
Lothringer Straße 37.
Nur noch wenige Aufführungen
Rundfunkfieber
Dazu ein erstklassiger bunter Teil.
Für unsere Leser Gutschein für 1-4 Pers.
Parkett nur 1.15 M., Sessel 1.65 M.
Sonstige Preise: Parkett u. Rang 0.80 M.

Großes Schauspielhaus
8 Uhr
CASANOVA
mit Michael Bohnen. Regie: Charzill

Kleines Theater
Täglich 8 1/2 Uhr
Max Adalbert
in
Müllers
Hermine Sterie,
Landa, Sikler

Leistung-Theater
8 1/2 Uhr
Alb. Bassermann
Der große Bariton

Theater d. Kottbuser Tor
Kottbuser Str. 6 Tel. Mpl. 16077
Täglich 8 Uhr, auch Sonntag
nachm. 3 Uhr (ermäß. Preise)
Elite-Sänger
Der grosse Revue-Erfolg:
„Bel uns...“
Volkspreise: Mk. 0.50 b. 2.00, Logen 2.50

8 1/2 Uhr Letzte Aufführungen 8 1/2 Uhr
Krankheit der Jugend
v. Ferd. Bruckner, Regie Gust. Hartung
Donnerstag, 20. Sept. 7 1/2 Uhr Uraufführung
Von In des Tüpfers Hand
Tragödie einer Familie v. Theodore Dreiser. — Regie: Gust. Hartung.

8 1/2 Uhr Letzte Aufführungen 8 1/2 Uhr
Krankheit der Jugend
v. Ferd. Bruckner, Regie Gust. Hartung
Donnerstag, 20. Sept. 7 1/2 Uhr Uraufführung
Von In des Tüpfers Hand
Tragödie einer Familie v. Theodore Dreiser. — Regie: Gust. Hartung.